

# Cüberer Volksbote

## Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Cüberer Volksbote" erscheint täglich nachmittags außer an Sonn- und Festtagen und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Auskäufer monatlich 7.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtseitige Seite oder deren Raum 200 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pf. Reklamen 800 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere später, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280.

Mittwoch, den 30. November 1921.

25. Jahrgang.

### Moratorium für Deutschlands Schulden.

Eine Nachricht, die noch sehr der Bestätigung bedarf, weist sie in Widerspruch mit den Erklärungen, die die Reparationskommission vor ihrer Abreise von Berlin abgegeben hat, kommt aus London. Danach soll das Mitglied der Reparationskommission Sir Bradburn eine Denkschrift verfaßt haben, die demnächst das britische Kabinett beschäftigen wird. Die Denkschrift Bradburns spricht sich dahin aus, daß die britische Regierung ein zwei- oder dreijähriges Moratorium für die deutschen Schulden an die Alliierten vorschlagen soll. Unter Umständen werde ein baldiges Wiederaufleben des Handels mit Deutschland erhofft. Die Bedingung für jedes Zugeständnis der Alliierten in der Reparationsfrage werde sein, daß die deutsche Regierung die Ausgabe von Papiergeleinstelle. Auch die französischen Vertreter in der Kommission sollen sich davon überzeugt haben, daß Deutschlands Lage einen Plan, wie ihn England vorschlage, notwendig mache. Deutschland werde zwar gewisse Zahlungen weiterleisten, die übrige Schuldenlast soll ihm auch nicht erlossen, sondern nur gestundet werden. (Das ist der Sinn eines Moratoriums.)

In Zusammenhang mit diesen Plänen, über die, wie gesagt, noch keine volle Klarheit herrscht, scheint eine Rede Lord Cecils zu stehen, in der er sagte, das Gedächtnis Deutschlands sei für das Wirtschaftsleben Europas unentbehrlich und es müsse ein wesentlicher Teil der englischen Politik sein, nichts zu tun, was der Wiederherstellung Deutschlands gefährlich werden könnte.

Zu dieser Nachricht erfährt der Korrespondent der "Frankfurter Zeitung" aus zuverlässiger Quelle, daß man in der Tat etwas wie ein Moratorium erwägt. Allerdings stünden einem solchen Besluß noch schwerwiegende Hindernisse im Wege, besonders die Abreitung der Citybanken, die durch den Aussall der deutschen Reparationszahlungen nötige Finanzierung der Ententestaaten vorzunehmen. Nach wie vor hänge die Entscheidung ab von der Weisung der Kreditwürdigkeit durch die deutsche Industrie.

### Gegen den Bucher!

Berlin, 30. November.

Das Reichskabinett beendete unter Teilnahme der preußischen Minister die Beratungen über die Maßnahmen gegen Leitung und Bucher. Völlige Übereinstimmung war vorhanden darüber, daß allerhärteste Mittel anzuwenden seien, um die jetzigen ungeheuerlichen Preistreibereien zu unterbinden.

U. a. wurde beschlossen, daß die Namen aller Personen, die wegen Bucher oder dergl. bestraft werden, veröffentlicht werden sollen. Bei höheren Strafen (über drei Monate Gefängnis) werden die Bestraften durch öffentlichen Anschlag gebrandmarkt werden.

Es wurden ferner 400 Millionen Mark bewilligt zur Behebung der Milchnot in den unter diesem Vieh besonders schwer leidenden Gemeinden.

### Lloyd George für Landabfützung.

In einer Reuternote wird festgestellt, daß Lloyd Georges Reise nach Washington noch keineswegs sicher sei; man müsse abwarten, wie sich die irische Frage in dieser Woche entwickeln werde. Rest steht aber, daß Lloyd George das größte Gewicht darauf legt, den Weltfrieden wieder herzustellen. Die Atmosphäre in der Welt verursacht große Besorgnis. Man könne weder die Halbtugeln der Welt voneinander trennen, noch zwischen Rüstungen zur See und anderen Rüstungen unterscheiden.

Die Note richtet sich offenbar gegen Frankreich. Die bedeutungsvolle Frage, ob England seine Ausrüstung zur See von der Landabfützung Frankreichs abhängig macht, wird offen gelassen. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß man in englischen Regierungskreisen beachtet, Frankreich gegenüberfalls für ein Säugetier der Washingtoner Konferenz verantwortlich zu machen. Die Nachrichten aus Washington bleiben verworren. Nach den

letzten offiziellen Meldungen ist man überzeugt, daß die Ausrüstung der Kreuzerkampfschiffe dort nach den ursprünglichen Vorstellungen des amerikanischen Delegierten Hughes vor sich gehen lassen. Japan erhält für sein Einverständnis gewisse Zugeständnisse bei der Zusammensetzung der anderen Kriegsschiffseinheiten. Frankreich habe einer Herabsetzung seiner Kriegsschifftonnage von 500 000 auf 300 000 Tonnen zugestimmt, jedoch fordert, dafür ebensowie U-Boote unterhalten zu dürfen, wie die übrigen Großküste.

Briand rückt bei seiner Rückkehr aus Washington wahrscheinlich ein neuerliches Frankreich vorfinden. So begrüßt das "Journal des Débats" den Ministerpräsidenten bereits mit einer Gardinenpredigt. Es meint darauf hin, es habe Briand von vorherhin vor einer Amerikareise gewarnt. Briand habe die Warnungen in den Wind geschlagen und hagelsohn als Vorwort zu seiner Reise das Angora-Abkommen unterzeichnet, dessen Folgen man jetzt sehe. Das Blatt führt dann weiter aus, es sei vorzuziehen, daß an der Spitze der Regierung ein tätiger und schwieriger Mann stehe, der die gemeinsamen Angelegenheiten zur allgemeinen Befriedigung reale. Der Platz für Arbeiter sei die Theaterbühne. "Journal des Débats" hält es für notwendig, daß Briand nach seiner Rückkehr vor den Kammern eine öffentliche Erklärung abgebe. Wenn auch weiter versichert wird, die Aufgabe der Regierung nicht erschweren zu wollen, ist die Unzufriedenheit mit der Kabinettsführung des Ministerpräsidenten doch deutlich zwischen den Zeilen zu lesen.

In der Frage der Verwaltung Chinas haben die Vertreter der beteiligten Mächte einer WTB-Meldung zufolge eine Entscheidung zugunsten der Ansprüche der fremden Nationen mit Inkrafttreten am 1. November 1923 angenommen. Der Vertreter Japans macht Vorbehalte über das Datum, da er erst Weisungen seiner Regierung einholen wolle.

### Die internationale Kommission in Berlin.

Berlin, 29. November.

Gestern, Montag, besuchten gelegentlich der auf Einladung der deutschen Gewerkschaften unter Führung des Ministers a. D. Bissell vorgenommenen Rundreise etwa 40 Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Brasilien, Südafrika, Italien, England, Frankreich, Schweden und der Schweiz, die der internationalen Arbeitskonferenz in Genf beiwohnen, auf der Rundreise durch die Werke der ehemaligen deutschen Rüstungsindustrie auch die deutschen Werke in Spandau und Hafelhorst. Unter den Amerikanern bemerkte man unter anderem den Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam, Oudegeest, Noe Sumuto von der Workers' Delegation of Japan, Louis Thomas, Redakteur des "Peuple", Grumbach, Redakteur des "Populair", den Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, Hugh, Berichterstatter des "Daily Telegraph" in London, Beauch, Sekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes, Arthur Hugh, Sekretär des Eisen- und Stahlarbeiterverbandes, und Präsident Bredes. Unter Führung von leitenden Persönlichkeiten und Mitgliedern des Betriebsrates der deutschen Werke wurde den Herren ein großer Teil der jetzt wieder in Betrieb befindlichen Werkstätten gezeigt und ihr Augenmerk auf Teile des Werkes gerichtet, die durch die letzten Maßnahmen der interalliierten Kommission schon zum Stillstand und zur Zerstörung neruiert sind. Das lebhafte Interesse der ausländischen Besucher äußerte sich in allerhand sachverständigen Fragen. Besonders fiel allen die große Zahl von Maschinen auf, die zur Zerstörung oder Entfernung aus den Werken bestimmt sind, während anderseits für die Betriebe ancheinend ältere, unmoderne, weniger rationell arbeitende Maschinen belassen werden sollen. Der düstere Eindruck, den die vielen stillstehenden Maschinen und geworngten Platten auf den Besuchern machten, wurde nur gemildert durch die Schaffensfreude, die trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Kommission in denjenigen Werkstätten zum Ausdruck kam, die von der Entente freigehalten worden sind. Aus allem Geschehen mußten die ausländischen Vertreter den Eindruck gewinnen, daß die Umstellung der ehemaligen Herstellerwerke auf die Herstellung von Friedenserzeugnissen harmloser Art völlig durchgeführt und die Wiederaufnahme der Fabrikation von Kriegsmaterial nur nach langer Vorbereitung möglich sei.

### Auch Rathenau verhandelt in London.

London, 30. November.

Dr. Rathenau und Dr. Simon haben gestern eine Unterredung mit dem Direktor der Bank von England und dem Schatzkanzler, sowie mit Lord d'Abernon, dem englischen Gesandten in Berlin und Bradburn, dem Führer der englischen Delegation bei der Entschädigungskommission in Paris gehabt. Die Blätter melden, daß bei dieser Unterredung ein Vorstieg in Erwägung gezoget wurde, wonach die Alliierten ein Moratorium für die Zahlungen der deutschen Schulden wolle, unter der Bedingung, daß Deutschland die Anstrengung von Papiergeleinstelle einchränkt. In maßgebenden Kreisen wird zugerechnet, daß die Frage der Entschädigung einen wesentlichen Punkt der Besprechungen bildete. Es wird betont, daß die jetzigen Besprechungen ausschließlich das Schatzministerium betreffen und daß die betreffenden Fragen das Gebiet der auswärtigen Politik seien zu verstehen.

### Deutschland und Washington.

Die Frage, die da und dort aufgeworfen wurde, warum sich die deutsche Regierung zur Rede Briands in Washington nicht genutzt hat, läßt sich sehr leicht beantworten. Deutschland ist zu der Konferenz in Washington nicht eingeladen worden, es kann daher offiziell nichts anderes tun als hören und schweigen. Das schließt natürlich nicht aus, daß die deutsche Presse zu jenen Vorgängen, die alle Welt bewegen, Stellung nimmt. Nachdem aber die deutsche Regierung nicht ins Parkett geladen worden ist, auf dem Gleichberechtigte unterhandeln, steht es ihr nicht an, von der Zuschauertribüne Ansprachen zu halten. Sie würde sich damit nicht nur in eine Stellung begeben, die der Würde des deutschen Volkes nicht entspricht, sondern sie würde auch in Nachteil geraten, da für sie die Möglichkeit, in Rede und Gegenrede ihren Mann zu stellen, nicht gegeben ist.

In der Welt aber, die nicht mehr ganz vom Völkerhass verbunden ist, wird man sich nicht dem Gefühl verschließen, daß es ein recht eigenartiges Verfahren ist, auf einem Völkerkongress Anklagen gegen ein Volk zu erheben, das sich dort nicht verteidigen kann. Die Behauptungen Briands über die Notwendigkeit, Frankreichs Rüstungen aufrechtzuhalten, die alle auf „die deutsche Gefahr“ abgestellt sind, müssen schon dadurch erheblich an Gewicht verlieren, daß sie ganz einseitig gehalten sind, ihre Durchschlagskraft nicht in freier Diskussion erprobt worden ist. Waren in Washington durch einen deutschen Vertreter die nüchternen Tatsachen selbst zur Sprache gekommen, so hätten sich die rhetorischen Triumphe des französischen Ministerpräsidenten als noch viel kitzeliger erwiesen, als sie es ohnehin schon sind.

Es ist wahr, daß es in Deutschland Leute gibt, die von Revanche träumen, es ist wahr, daß der alte militaristische Geist noch nicht ganz erloschen ist, es ist wahr, daß es in Deutschland verschiedene Nestor von Waffen und Munition gibt. Aber es ist ebenso wahr, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes den Frieden will und daß die verdeckten Waffen noch nicht den zehnten Teil der Bewaffnung darstellen, die von der französischen Armee offen und unkontrolliert durch die Straßen, französische Städte und deutscher Städte im besetzten Gebiet spazierengesetzt wird. Nur Idioten könnten glauben, man könne mit verdeckt gehaltenen, im rechten Augenblick hervorgeholten Waffen einen Krieg führen, und man kann von den Generälen der alten Armee sagen, was man will: Idioten auf militärischem Gebiet sind sie nicht. Darum gibt es auch keinen General der alten Armee, der glaubt, daß man mit Gewehren, die man aus dem Bettstroh holt, und mit Munition, die man aus Dunggruben ausgräbt, einen neuen Krieg beginnen könnte.

Vom deutschen Standpunkt aus kann man es nur bedauern, daß Frankreich gegen einen deutschen Angriff nicht alle Bündnisgarantien erhalten hat, die es als Voraussetzung für seine Ausrüstung hinstellt. Da in Deutschland kein seiner Sinne mächtiger Mensch an einen Angriff denkt, kann es uns an sich völlig gleichgültig sein, wieviel Bündnisse zur Abwehr eine solchen Angriffes abgeschlossen werden. Aber als Mitbürger der französischen Rüstungen und als Nachbarvolk des französischen Volkes hat das deutsche Volk allerdings ein dringendes Interesse daran, daß Frankreich von dem Geist des Militarismus befreit werde, der das Verhältnis der Völker zueinander vergiftet und daß Frankreichs Volk von den Rüstungslästen befreit wird, die auf Deutschland abzuwälzen doch stets eine ökonomische Unmöglichkeit bleiben wird.

Die Richtigkeit des oft gehört Wortes, daß nicht die Ausrüstung der Flotten und der Armeen, sondern die Ausrüstung der Geister entscheidend ist, bestätigen die Verhandlungen von Washington mit jedem Tage. Technische Schwierigkeiten würden spielerisch gelöst werden, wenn nicht zwischen den Völkern — auch zwischen den Alliierten und Assoziierten des Weltkrieges — der Geist des Misstrauens herrsche, sie werden unüberwindlich bleiben, solange dieser Geist nicht überwunden ist. Die Londoner Rede Curzons wäre unverständlich, wenn bei ihren Betrachtungen nicht ganz von der Ferne jogar auch die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen Frankreich und England mitspielt. Solange bei der Rüstungsfrage an alle nur denkbaren Kombinationen von militärischen Zugeständnissen gedacht wird, solange nicht zwischen den Völkern wenigstens, die Hauptträger der Zivilisation sind, die Möglichkeit, sie könnten eines Tages ihre Streitigkeiten miteinander blutig erledigen, vollständig ausgeschaltet ist, werden alle Rüstungskonferenzen vergehenbleiben.

Allein schon die Konferenz von Washington ist ein Beweis dafür, daß der Vertrag von Versailles mit seiner Völkerbundspakte auf diesem Gebiet vollständig versagt hat. Das laut gepredigte Kriegsziel der Alliierten während des Weltkrieges war, daß dieser Krieg der letzte sein, daß ihm ein allgemeiner Daueraufstand, eine allgemeine Ausrüstung folgen sollte. Der Vertrag von Versailles sollte dieses Ziel verwirklichen — was ist daraus geworden? Eben das, was daraus

werden musste, da der Vertrag auf der Lüge aufgebaut war, daß Deutschland der Alleinhuldige, der alleinige Träger kriegerischen Geistes in der Welt sei.

Die ganze Geschichte der Welt seit dem Frieden von Versailles lässt sich wie eine einzige Satire auf jene Behauptung. Deutschland ist abgerüstet worden, es wird von der Kontrollkommission täglich sozusagen bis aufs Hemd nach verbotenen Waffen durchsucht, trotzdem bleibt Frankreich gerüstet. Und der militärische Geist, der Deutschland gewollt ausgetrieben wurde, ist in Frankreich hineingefahren, das heute unter der moralischen Siegerfrantheit nicht weniger leidet, als Deutschland je unter ihr gelitten hat. Die alliierten Mächte scheinen alles auf den Beweis angelegt zu haben, daß der Geist der Eintracht nur solange vorhält, wie man dabei ist, einen anderen gemeinschaftlich zu versöhnen, daß er sich aber sofort in sein Gegenteil verwandelt, wenn es gilt, den Idealen gemeinsamen Völkergruß nachzustreben.

Indes wäre nichts vertehnter, als solche Erscheinungen mit Schadenfreude zu registrieren. Denn der Gedanke des dauernden Friedens unter den zivilisierten Völkern, der Abschaffung der Krieger und der aus ihr folgenden Abrüstung der Armeen, ist eine geistige Weltmacht geworden. Die Menschheit will sich um ihr Sehnsuchtsziel nicht immer wieder von Diplomaten und Generälen betrügen lassen. Im Kampf um dieses Ziel liegt eine der stärksten Zukunftsgarantien der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, und dasselbe Volk, das ihrem Geist mit Aufrichtigkeit dient, gewinnt damit vor den anderen Völkern einen gewaltigen moralischen Vorsprung. Deutschland, das im Konzert der Mächte noch immer zum Schweigen verurteilt ist, wird nicht immer schweigen müssen. Wenn die Zeit kommt, in der es seine Stimme wieder erhebt — und wir wissen nicht, wie bald sie kommt —, möge man aus seinem Munde nicht die Töne der alten Diplomatie vernehmen, sondern den Ruf eines Volkes nach jenem großen Ziel, das die Welt aus seiner Niederlage vergeblich erwartet hatte. Wir müssten ja, sagten die Diplomaten, geschlagen werden, dem dauernden Frieden, dem ehrlichen Bund gleichberechtigter Völker, der allgemeinen Abrüstung zuliebe. Zeit fordern wir sie!

## Oesterreichischer Parteitag.

Wien, 29. November.

In Wien tagte der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie am Sonnabend und Sonntag. Von Bedeutung war das Referat Edler über die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Angesichts der Rücksichtswertung, welche die Volkswirtschaft der Räte abtreibt, haben die Organisationen der Arbeiterschaft beschlossen, einen Finanzplan auszuarbeiten. Er ist ein Programm einer sozialistischen Finanzpolitik, das unter den gegenwärtigen Maßnahmenführern unanfechtbar wäre, sondern entält eine Reihe von Vorschlägen, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft durchführbar sind und welche die Wirkung hätten, die Parteienorganisation, die Hauptursache der Geldentwertung, einzudämmen. Alle Organisationen der Arbeiterbewegung Deutsch-Oesterreichs sind vereinigt, diese Aktion in ihrem Wirkungskreis kostspielig zu unterstützen. Es werden gefordert:

1. Die Freihaltung der Arbeiter und Angestellten durch den Abbau der Lebensmittelzulüsse, die die Regierung bisher gefordert hat, keine Kürzung erfahren.

2. Die Entschädigung der Arbeiter und Angestellten für den gegenwärtigen an ihre Kinder geführten Staatsausfall zur Verbesserung der Lebensmittel ist durch eine im Anschluß an die Krankenversicherung zu organisierende Kinderversicherung sicherzustellen.

3. Für die Dauer der Unbeständigkeit des Geldwertes sind die sozialen Lebensmittelverteilungsorganisationen unbedingt aufzutreten, um die Verteilung der Mindestrationen zu gewährleisten.

Friedrich Adler referierte über die Internationale Arbeiterdemokratische Sozialistische Partei. Sie habe sich seit ihrem Kongress verstärkt. Neue Parteien traten ans zu. So hat sich jetzt in Polen eine NSD gebildet. Die Dritte Internationale hat es verstanden, ihren Einfluß auf die Massen ebenso rasch zu verstetzen, wie sie ihn gewonnen hatte. Wir sind eingetreten zwielichtigem Reformismus der Zweiten und dem Revolutionarismus der Dritten Internationale. Die Zweite Internationale hat

demokratische Illusionen, die Dritte neigt zum Putschismus. Was uns von der Dritten Internationale trennt, sind nicht Fragen der Taktik, sondern die Perspektive. Nicht alles, was die Dritte Internationale sagt, ist falsch, sowie nicht alles richtig ist, was die Zweite sagt. Wir wollen eine allumfassende Internationale, einen Neubau, eine Aktionsgemeinschaft, einen Aktionsausschuß aller sozialistischen Parteien. Die italienische Partei und die sozialistische Partei Amerikas wollen dasselbe. Eine Einigung, die den Beitritt der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft willigt, wurde angenommen. In den Parteivorstand wurden gewählt: Adler, Bauer, Ederer, Ellenbogen, Fenzler, Neumann, Seitz, Stach.

## Eine englische Note über die Aufhebung der Rheinanktionen.

Paris, 30. November.

Außer den beiden Noten über die Differenzen, die der Vertrag von Ankara hervorgerufen hat, ist laut „Temps“, noch eine Note an die Bolschasterkonferenz gewichtet worden, in welcher England empfiehlt, die Sanktionen am Rhein aufzuheben und die Organisation einer beschränkten Kontrolle über die deutsche Entwicklung zu prüfen. —

## Die Verhandlungen über Irland gescheitert.

London, 30. November.

In der gesetzlichen Sitzung des Ulsterparlaments gab Sir Craig eine durchaus ablehnende Antwort auf die Vorschläge der englischen Regierung. Er sagte, Lloyd George müsse neue Vorschläge machen. Irland werde dem irischen Gedanken unter keinen Umständen zustimmen. Gestern, in den späten Abendstunden, war noch eine englische Kabinettssitzung anberaumt.

## Die russische Not.

Berlin, 30. November.

Infolge der im Petersburg unerwartet früh eingetretenen kalten Witterung sowie durch den Zustrom einer beträchtlichen Menge von Flüchtlingen aus dem Wolga-Gebiet sind in Petersburg in den letzten Wochen epidemisch die Erkrankungen, insbesondere Fleckfieberfälle aufgetreten, die einen beträchtlichen Umfang anzunehmen drohen. Von den Erkrankungen sind besonders die aus dem Hungergebiet ausgewanderten Flüchtlinge betroffen worden. Das deutsche Roten Kreuz hat deshalb auch in Petersburg die notwendigen Schritte für die Hilfsaktion eingeleitet. Der in Petersburg zurückgebliebene Teil der Hilfsexpedition des deutschen Roten Kreuzes soll zu diesem Zwecke ausgebaut werden. Die Nachlieferung von Medikamenten und die Einsendung eines weiteren Arztes ist in Aussicht genommen.

Ferner ist zwischen dem deutschen Roten Kreuz sowie dem Vertreter des schwedischen Export-Konsortiums eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß künftig die Lebensmittel, die von schwedischen Spendern nach Russland geschickt werden, durch Vermittlung der deutschen Roten-Kreuz-Erdektion in Riga an die von der Römeria dort betroffene Bevölkerung im Namen der schwedischen Spender zur Verteilung gelangen.

## Sozialdemokratischer Nachrichtendienst.

Berlin, 30. November.

Am Montag und Dienstag tagte in Berlin eine Konferenz der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse und der Vorstände der Preskommissionen. Von den Beschlüssen ist besonders bemerkenswert die Gründung einer G. m. b. H. „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“. Dieses Unternehmen, das schon seit einiger Zeit arbeitet, ist ein für die sozialdemokratische Presse angelegtes Telegraphenbüro, das sich in der kurzen Zeit seines Bestehens zu einer unentbehrlichen Informationsquelle für die sozialdemokratischen Zeitungen entwickelt hat. In Gesellschaften der G. m. b. H. wurden gewählt die Herren Gerlach-Düsseldorf, Heinrich-Dresden, Heinrich-Frankfurt a. M., Heinrich (Parteivorsitz), Stampfer-Berlin, Sollmann-Köln, Lotius-Breslau; Leiter des Bureaus ist der Genossen Redakteur Erich Altringhaus.

## Die Rückkehr.

Von Ch. L. Philippe.

Schluß.

Die Kleinen wachten schnell ihr Bettspiel zusammen, als sie hörten, daß der Gott zum Essen bleiken würde. Das machte ihnen Spaß, und sie wollten selbst den Tisch räumen. Alexandrine nahm das Tischtuch heraus und breitete es über den Tisch. Formingeat meinte ab, aber sie sagte: „Mein Gott, dazu habe ich es doch, ich muß es doch gebrauchen, wenn jemand kommt.“

Als sie zurückgekehrt war vom Schläpfer mit einem Stück Speck, Salze, ihren zwei Gläsern Wein und Bierchen, begann die Mahlzeit. Formingeat hatte großen Hunger. Er stand das ganze Umstehen und diese paar Worte gern genug, um die Unterhaltung in Gang zu bringen.

Man fragte ihn, wie er sich eingerichtet hätte, wo er schlief, wo er esse. Richtig, er hatte ihnen ja noch gar nicht erzählt, daß er aus Paris kam.

Er schloß im Gefüße und saß im Speisehaus. Das Schreibschild war, jemanden zu finden, der einen die Sachen ein bisschen in Ordnung hielt. Er arbeitete bei der Reise, wie man sie nennt. Er erklärte ihnen, was das ist, die „Untergrundbahn“.

Formingeat sagte: „Untermetter, in Paris habe ich mir alle mögliche Arbeit.“

Es kommt Ihnen lehr. Die Schlächterei führt jetzt nicht mehr her alle Pferde, sondern der Sohn, aber das Geschäft geht noch immer sehr gut. Die beiden Flaschen waren bald gezeigt. Wenn Alexandrine nicht gegessen hätte, daß sie keinen Durst habe, wäre nicht genug Wein übrig geblieben, um den Kopf hinunterzuspülen. Nur eines hätte man ergehen: Zigaretten. Aber Formingeat zog nach einem Stein vom Tischmonnaie, entnahm ihm zwei Francs und steuerte zu Alexandrine:

„Hier, mein Kind, hol uns mal zwei Zigaretten.“

Sie war ein reizendes Mädel. Nicht nur, daß sie jogtisch bereit war, zu geben. Sie wollte auch durchaus, daß ihr Vater mitkomme. Sie wäre zu gern mit ihm im Dorf spazieren gegangen. Ihre Mutter wußte ihrhaar: „Nein, nein, los den Vater in den Kopf weg aus dem Tischwandschrank ja nicht, daß es für ihn ist.“

Einen Augenblick wurde sie ironisch: etwas später, als man die Kinder zu Bett brachte. Mit den beiden kleinen ging es ganz leicht, die kleinen krochen am Tisch ein. Formingeat gab jedem von ihnen zwei Francs. Nur wollten sie immer nicht liegen: „Dorie, Dorie.“ Es lachten: „Danke, Herr.“

Aber als die Reise an Trieste kam, fühlte diese sich etwas bessere. Sie lächelte bis dahin nie so fröhlich gespielt zu sein.

Berlin, dem der Geschäftsführer des „Vorwärts“, Theodor Glode, als ehrenamtlicher Geschäftsführer zur Seite steht. Die Bureaus sind im Vorwärtsgebäude zu Berlin.

Die Tätigkeit des „Parlamentsdienstes“ hand auf der Konferenz allgemeine Anerkennung, und es wurde dringend gewünscht, daß auch diejenigen sozialdemokratischen Zeitungen, die dem Unternehmen noch fernliegen, sich anschließen. Einstimmig wurde eine Einigung angenommen, die allen Verlegern und Redaktionen die Auseinandersetzung am „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ empfiehlt.

## Berlin ohne elektrischen Strom.

Streik der städtischen Angestellten.

SPD. Berlin, 20. November. (Drohter.)

Der von den Berliner Elektrizitätsangestellten am Montagabend beschlossene Streik ist im Laufe des Dienstag durchgeführt worden. Nachmittags 2 Uhr wurde die Belieferung der Fabriken, Privathäuser und der elektrischen Straßenbahnlinien eingestellt, so daß Berlin wieder einmal keine Fahrgelegenheit bietet, die Straßen im Dunkel liegen und die Gasthäuser und Privatleute ihre Hilfsmittel aus vergangenen Tagen zur Beliebung heranziehen müssen. Dem Streik liegt ein Konflikt der Angestellten mit dem Magistrat zugrunde. Die Angestellten fordern, daß das Bezahlungsdienstalter bei ihnen mit dem 21. anstatt mit dem 25. Geburtstag beginnt, und das Höchstgehalt nach 13 anstatt nach 15 Dienstjahren erreicht werden kann, ebenso die Steigerungsstufen nicht zweit, sondern einjährige sind.

Berlin, 29. November.

Infolge der Stilllegung des Werkes Oberschöneweide ist das von ihm versorgte Wasserwerk außer Betrieb gesetzt. Über die Stromversorgung der Kraftanstalten wird sich die Streileitung noch erklären. Wieweit die Notstandsarbeiten verrichtet werden dürfen, ist auch unbestimmt. Zurzeit sollen im Reichsverkehrsministerium zwischen den Vertretern der Stadt mit der Gegenseite Verhandlungen wegen Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches schwelen. Im Straßenbahnbetrieb, der vollkommen stillgelegt war, trotz kurz vor 2 Uhr eine Bewegung ein, jedoch werden nur die überwiegend leeren Wagen nach den Depots geleitet. Zeitungen, Theater und Geschäfte werden durch den Streik schwer betroffen.

## Tagung der internationalen Donaukommission in München.

München, 29. Nov.

Die Mitglieder der Internationalen Donaukommission, die sich aus allen Staaten der Donau und aus den Nachbarstaaten der Entente zusammensetzen, fanden sich gestern vormittag zur Eröffnung der offiziellen Beratungen in der ehemaligen bayerischen Gesandtschaft in München ein. Es waren vertreten: Bayern, Württemberg, Österreich, Frankreich, Groß-Britannien, Ungarn, Rumänien, Italien, Südtirol und die Tschechoslowakei. Im Namen der bayrischen Regierung hielt Ministerpräsident Graf Perrenfeld eine kurze Begrüßungsansprache. Der Präsident der Internationalen Donaukommission, der italienische Minister Rosetti, erwiderte dankend. Als dann wurde in die Verhandlungen eingetreten. Die Beratungen, die sich mit einem außerordentlich umfangreichen und wichtigen Material, insbesondere Bayern berührende Fragen der internationalisierten Donau zu befassen haben, werden voraussichtlich noch bis Mitte Dezember dauern. —

## Die abgerissene Schwerindustrie.

Auf der diesjährigen Tagung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute hielt Geh. Beamter und doppelter Ehrendoktor Emil Ehrenberger, Traunstein, einen Vortrag über das Thema: „Geschichte der Herstellung der Panzerplatten in Deutschland.“ Eine im Zeitalter der Entwicklung geradezu lebenswichtige Frage! Bei dieser Gelegenheit erinnerte er an eine längst bekannte Tatsache, nämlich daran, daß Krupp's Panzerplatten von allen Marines der Welt eingeführt wurden und bis heute im Gebrauch geblieben sind.

Es ist gut, an solche Dinge erinnert zu werden. Man sieht daraus, daß der schwerindustrielle Kapitalismus immer international gewesen ist und „Feindbund“ wie Vaterland in gleicher Weise mit Waffen bedacht hat. Sollte der neu erwachte Nationalismus dieser Herren, der das deutsche Volk immer tiefer ins Elend hineinzieht, im Zusammenhang stehen mit dem Verlust des glänzenden Gesäßes, den „Feinden“ ihre Rüstung zu liefern? Dieser Schluß wird doppelt nahegelegt dadurch, daß der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Vogler kurz vorher über den Verlust der deutschen Wirtschaft eindringliche Klage führte.

## Die Börse.

Berlin, 30. November.

Heute zeigte sich an der Berliner Börse wieder eine etwas schwächere Tendenz für Denizen. Es notierten amlich: Kabel New York 276,75, London 1100, Holland 9850. Der Börsenvorstand hat heute beschlossen, daß in den nächsten beiden Wochen an je drei Tagen Börsbörsen stattfinden sollen. Die Aussichten des Effektenverkehrs werden in Börsenkreisen günstig beurteilt. Man nimmt an, daß die augenblickliche Geldknappheit im Laufe des nächsten Monats behoben sein wird. Für die Zeit nach Neujahr rechnet man sogar mit einer sehr großen Flüssigkeit des Geldmarktes.

## Munitionsexplosion in Kellervbach.

Frankfurt, 30. Nov.

Gestern nachmittag gegen 4 Uhr ereignete sich bei den Munitionsprengungen in Kellervbach eine neue Explosion, über deren Ursache nähere Einzelheiten noch nicht bekannt geworden sind. Die Frankfurter Rettungswache schickte abends noch zwei Wagen, denen später ein dritter Wagen folgte. Sowohl bisher bekannt, ist ein Mann getötet, vier Personen erlitten schwerere und zwei leichte Verletzungen. —

## England und Briands Rede.

Der „R.“ wird aus London geschrieben:  
Die Erörterung der Rede Briands in mehr oder minder hochpolitischen Kreisen Londons und ganz Englands hält an. Eine Frage ist es, die sich in dieser Diskussion immer schärfere Linien gewinnt und den Meinungsaustausch heute fast ausschließlich beherrscht: Sind Briands Darlegungen nur der Meinungsausdruck der französischen Militaristen, der Sabotageplan à la Joffe, Clemenceau und der unversöhnlichen

um ihre Kräfte aufzuparen, nun läßt sie mit dem höchsten Ausdruck:

„Ich will nicht, daß er wieder fortgeht, ich will nicht, daß er wieder fortgeht!“

Sie lämmerte sich an seinen Hals.

Die Mutter sagte:

„Ach doch, du hast ihm ja weh!“

Man mähte sie losmachen, loslösen, losreißen, ihr vertraten, doch er nicht fortgehen würde.

Formingeat heulte. Alexandrine und Baptiste weinten auch. Als sie gegangen war, sagte Baptiste:

„Hast du's erlebt, wie die Kleine ist? Es gibt kein besseres Mädel.“ Das hat mir immer sehr gefallen, daß sie nicht mein ist.“

Als die Kinder im Bett waren, fingen die drei an zu gähnen: es war so auch nicht! Die Zigaretten waren geradelt. Da es keinen Drapen mehr zu tragen gab, hatte man nichts mehr zu tun. Formingeat begriff, was nun seine Pflicht war. Er sagte:

„Ach ja! Einmal muß ich mich ja doch entzücken zu geben.“

Man sieht ihn nicht zurück.

Man fragte ihn nur, wie er gekommen sei: mit der Bahn natürlich. Er erzählte ihnen, daß er seinen Koffer mitgebracht hätte, weil er zweit die Abfahrt gehabt habe, zu bleiben.

Seine Freu sagte zu ihm:

„Ja, da hättest du eben damals nicht fortgehen sollen. Was willst du, jetzt habe ich mich nun so einsichtig.“

Formingeat rief es hoch auf: es ging ein Zug um elf Uhr. Der Zug ist mit nahem sechs Kilometer entfernt, er durfte nicht zu spät kommen, der Zug kommt nicht.

Baptiste folgte zu ihm, ehe er ging, in einem jener Augenblicke, in denen man oft das noch einmal zusammenfaßt, was man bereits gehört hat:

„Wie es bei uns ist, das sießt du nun. Meine Mutter fand hier und es ist ein Bett mehr da, als es deiner Zeit.“

Er zeigte ihm die Einrichtung. Der Haarswirt hatte einige Reparaturen machen lassen.

Er häßte ihn in das Schloßzimmer der Kinder. Es war renoviert worden und der Ofen umgekehrt, weil er geröstet hatte. Die Kinder häßten mit geballten Fausten. Formingeat war einer dieser Häße. Er wußte nicht, wie zu führen, aus Furcht, sie im Schloß zu töten.

Er häßte: „Wirklich, ich häß, ich hab es sehr gemüths.“

Er häßte Alexandrine bevor er ging, und dann, als Baptiste ihm die Hand schüttelte, sprach er:

„Ja, lange, wir wollen uns auch

und beschränkten Republikaner wie Briand und anderer französischen Politikern, deren Treiben der über Frankreich laufende Nebel der nationalen Großmachtssucht nur schlecht verhindert? Oder darf der französische Premier sich bei seinen Ausführungen der Weisheit der großen Mehrheit des französischen Volkes rühmen? Man neigt im allgemeinen nach der ersten Annahme. „Es wäre ein Unsinn und eine dauernde Beunruhigung der Welt, wenn viele Franzosen so dächten, wie Briand geredet hat!“ hörte ich einen einflussreichen sozialistischen Parlamentarier sagen. Vielfach heißt es, daß Briands „Speech“, daß die skrupellose Heze gegen Deutschland keine Abrüstungs-, sondern eine Aufzehrungsrede gewesen sei, wie sie selbst im Zeitalter der imperialistischen Hochkonjunktur vor dem Weltkriege nicht gehört worden sei. Briand habe den französischen Militarismus unverblümmt gesiegt und beeinflußt von der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Abrüstung. Deutlicherweise die Notwendigkeit einer starken französischen Militärmacht darstellen.

Auf dem Gebiete der Seerüstungen hatte sich vor dem Kriege das Zweimächterprinzip herausgebildet, das heißt: England erhob Anspruch darauf, eine Kriegsflotte mobil zu haben, die mindestens so stark war wie die Kriegsflotten von irgend zwei anderen Mächten zusammen genommen. Frankreich hat sich jetzt offenbar aus dem Zweimächterprinzip hinsichtlich des Landheeres eingestellt. Frankreich scheint es noch englischem Urteil für notwendig zu halten, eine Militärmacht zu unterhalten, die mindestens so groß ist, wie die Militärmacht des gesamten westlichen und zentralen Europas. Frankreich wolle heute an der Spitze des Weltmilitarismus marschieren.

In englischen Regierungskreisen ist man über die Rede Briands sehr verstimmt. Man sieht aus ihr nicht nur den Willen Frankreichs, eine überragende Militärmacht zu halten, sondern auch eine riesige Flottenmacht aufzubauen. Infolge der Rede Briands ist Lord George abermals für längere Zeit in London fest — und von der Reise nach Washington abgehalten, weil nunmehr das englische Kabinett zu neuen langwierigen Beratungen in der Rüstungsfrage gezwungen ist. „Daily Chronicle“ schreibt: Das Verlangen Briands nach einem unbedrängten Militarismus müsse die Welt in zwei Teile spalten, in einen Teil, der für den Krieg rüstet und in einen anderen Teil, der nach dem Frieden strebt. Eine römische Meldung, nach der es zu einem heftigen Zusammentreffen zwischen Briand und dem italienischen Vertreter in Washington gekommen sei, und nach der auch die Delegierten der anderen Mächte höchst unzufrieden seien, findet in England allgemein und bereitwillig Glauben.

## Die Welt über Washington.

In Washington ist bisher weder von Entwaffnung noch von Frieden die Rede gewesen. Die Mächte suchen das Problem zu lösen, mit den geringsten Kosten, die sie leicht zu erzielen, und sind bestrebt, die Freiheit zu erlangen, die Flotte zu errichten und das Heer auszurüsten in der Weise, wie sie dem Zukunftskrieg am besten angepaßt erscheint. Die Vereinigten Staaten wünschen, da die großen Kampfeinheiten größtenteils aus den Weltflotten ausgeschaltet werden, weil sie die Abhängigkeit haben, nach dem im letzten Bericht des Generals Board dargelegten Programm die Zahl der Kreuzer, der Torpedojäger und vor allem der Tauchboote zu vermehren; England dagegen, das in den Vorschlag einstimmig, die Tonnenzahl der Dreadnoughts zu reduzieren, will um keinen Preis die Bildung von großen U-Bootflotten gestatten, die allein Frankreich und Italien eine ansehnliche Defensiv- und Offensivstärke geben würden, die England gegenüber in Betracht käme.

Wenn also die in Washington vereinigten Mächte die Form ihrer Rüstungen zur See erörtern, damit ihre militärische Kriegsfähigkeit keine Verminderung erleide, so kann von Abrüstung nicht die Rede sein. Lediglich haben Japan und Frankreich mit den klaren Vorbehalten, die sie auf der Konferenz gemacht haben, gezeigt, daß das Hauptproblem ist, die Rüstungen zu beschränken. . . .

So urteilt die römische Zeitung „L'Epoca“ und sie trifft damit den am sichtbarsten aus dem Kongreßtisch ragenden Nagel auf den Kopf.

Charakteristischer aber als dieses einhellige Bestreben, sich die freie Rüstungshand zu wahren, sind für die Verhältnisse und Bestrebungen der Mächte die immer schärfer hervortretenden Eifersüchteteile der beteiligten Mächte. „Le Petit Parisien“ bellagt sich immer wieder, daß Frankreich in Washington je länger, je weiter von dem Platze abgedrangt werde, der ihm nach seiner Kriegsrolle gebühre. Jetzt muß das Blatt offen eingestehen, daß die Vereinigten Staaten und England eine Allianz anstreben (die heute vielleicht bereits fertig ist) und daß dabei Frankreichs Einfluß ausgeschaltet sei: „Die Einigung zwischen Amerika und England wird zustande kommen. Es wäre ein Irrtum, wenn Frankreich glaubt, es könne dabei als Unparteiischer fungieren. Seine Vermittelung anzubieten, wenn die Ehe bereits vollzogen ist, bringt den eifrigsten der Freunde in die Gefahr, sich zu entziehen zu wollen. Nachdem sie zuerst sich unbegründeterweise eingebildet hatten, das amerikanische Entwaffnungsprogramm sei ein harter Schlag für Großbritannien, schreien gewisse Leute nun auf einmal, Amerika sei im Begriff ein pazifisches Bündnis mit England und Japan abzuschließen. In Wirklichkeit muß Frankreich sich hier auf eine Rolle zweiten Ranges beschränken, wie sie z. B. gerade jetzt bei Durcharbeitung des Flottenausrüstungsplanes sich darbietet. Es will wiederholte Anträge haben, seinen Gesichtspunkt in den Fragen Chinas und des Pazifiks, wo es bedeutende Interessen besitzt, gefestigt zu machen. Alles in allem ist seine Rolle aber nichtsdestoweniger eine sekundäre. Die politische Klugheit verlangt den Nachweis, daß man eine Verantwortung wohl auf sich zu nehmen bereit ist, nicht aber ohne Not auszusuchen bedacht.“

Was das Thema Washington und Zukunftskrieg angeht, so ist man geneigt, einer Bemerkung der „Neuport Evening-Mail“ prophetischen Wert zuzuerkennen, wenn sie sagt: „Etwas ist erfreulich an der Waffentagskonferenz: daß sie nämlich weit genug entfernt von Europa abgehalten wird, um dem Klima verschiedener im Gang befindlicher Kriege entrückt zu sein.“ Und ein amerikanisches Wissensblatt „Life“, Neuport, hält es für nötig, der Waffentagskonferenz diesen „Tip“ zu geben: „Eine arbeitslose Armee ist besser als eine Armee von Arbeitslosen.“

## Notsstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und der Angestelltenversicherung.

Von Richard Meier (Zwickau), M. d. R.

Der Reichstag hat am 18. November d. J. nach lebhafte Aussprache den Entwurf eines Gesetzes über Notsstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentnern aus der Invalidenversicherung verabschiedet nachdem der Entwurf im sozialpolitischen Ausschuß erhebliche Verbesserungen erfahren hatte. — Die überaus große Notlage unter den Invalidenrentnern hat wiederholte Massnahmen zur Erhöhung ihrer summierlichen Bezüge veranlaßt. Gegenwärtig beziehen Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente jährlich 1050 einer Witwen- oder Witwerrente jährlich 750 und Waisenrentner jährlich 400 Mark nachdem das Beihilfengesetz vom 26. Dezember 1920 die jährliche Rente erhöht hatte; das Gesetz vom 23. Juli 1921 über die untereigene Feststellung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung hat lediglich für künftig zu bewilligende Renten höhere Leistungen vorgesehen, die überdies nur allmählich wirksam werden. Seitdem ist eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage dieser (aller) Rentner eingetreten. Die zunehmende Verstärkung der unentbehrlichen Bedürfnisse, namentlich des Brantes, der Kartoffeln, Margarine usw., hat einen Raum zu schweren Notstand hervorgerufen, der sofortige Abhilfe erfordert. Der Gesetzentwurf sollte Abhilfe schaffen, er bezeichnete sich leider nur auf die Rentenempfänger aus der Invalidenversicherung, er ließ wie das Beihilfengesetz vom 26. Dezember 1920 die Rente in gleicher Notlage bei beständigen Unfallrenten unberücksichtigt, ebenso sollten die Empfänger von Renten aus der Angestelltenversicherung in das Gesetz nicht aufgenommen werden. Den sozialdemokratischen Bemühungen im Ausschuß gelang es, die Rentner aus der Angestelltenversicherung gegen erheblichen Widerstand der Deutschen Volkspartei in das Gesetz einzubeziehen. Für die Unfallrenten soll also ein besonderes Gesetz gemacht werden, das nach den Erklärungen der Regierung bereits dem Reichsrat vorliege.

Das nunmehr beschlossene Fürsorgegesetz bestimmt, daß die Gemeinden verpflichtet sind, „bedürftigen“ Rentnern aus der Invalidenversicherung auf Antrag eine Unterstützung zu gewähren. Gegen die Prüfung der Bedürftigkeit haben die Sozialdemokraten entschieden Widerspruch erhoben und verlangten, daß allen Rentenempfängern Unterstützung gegeben werden sollte; die Bürgerlichen lehnten das ab und hielten an der Prüfung der Bedürftigkeit fest.) Die Unterstützung ist in solcher Höhe zu bemessen, daß das Gesamtjahresinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 3000 Mark, einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von 2000 Mark, einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von 1200 Mark erreicht. Dieselben Beiträge sind auch zu zahlen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung, an Witwen jedoch nur, wenn sie invalide im Sinne der Invalidenversicherung (§ 1258 Abs. 2 R. V. D.) sind. Der Entwurf sah vor: 2100 Mark für die Invaliden und Altersrentner, 1500 Mark für Witwen- oder Witwerrente, 800 Mark für Waisen. (Im Ausschuß haben die Sozialdemokraten zunächst dafür gestimmt, daß die Unterstützung auf monatlich 300, 250 und 150 Mark festgesetzt wird, das lehnten die Bürgerlichen ab).

Hat der Rentner Kinder unter fünfzehn Jahren, die nicht auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Sicherungsgesetzes für Angestellte oder des Reichsversicherungsgesetzes vom 12. Mai 1920 oder anderer Militärversicherungsgesetze eine Rente bezogen, so erhöht sich die für das Gesamtjahresinkommen anzurechnende Grenze um 500 Mark für jedes Kind; für das vierte und jedes weitere Kind erhöht sich der Betrag auf 600 Mark. Elternlose Einzelunterhalte unter fünfzehn Jahren, deren Unterhalt der Rentenempfänger ganz oder überwiegend bestreitet, werden den Kindern unter 15 Jahren gleichgestellt.

Bei Berechnung des Gesamtjahresinkommens bleibt das Arbeitseinkommen des Rentners bis zum Jahresbetrag von 2000 Mark außer Acht. Beziehungen aus öffentlichen Kasernen sowie aus privaten Pensionskassen der Arbeitnehmer oder aus Werkpensionskassen sind nur anzurechnen, soweit sie 600 Mark im Jahre übersteigen. Einkommen aus Familienunterstützung, soweit sie über die gesetzliche Unterhaltpflicht oder vertraglich übernommenen Verpflichtungen hinausgeht, ist nicht auf das Gesamtjahresinkommen anzurechnen. (Die Vorlage der Regierung wollte beim Gesamtinkommen als Grenze der Unterstützung den vollen Arbeitsverdienst und alle sonstigen Bezüge anrechnen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Arbeitsverdienst — genau so wie bei den hohen Pensionen der Beamten — überhaupt nicht angerechnet wird. Diesen Antrag stimmten die Bürgerlichen nieder.) Der Antrag auf Unterstützung ist bei der Gemeinde des Wohnortes des Rentners zu stellen, diese sieht die Höhe der Unterstützung fest, zunächst unter Hinzuziehung von Personen aus den Kreisen der Versicherer oder der Rentenempfänger. (Diese Bestimmung ist nach lebhafter Debatte auf Antrag der Sozialdemokraten, aufgenommen worden.) Gegen die Festsetzung der Unterstützung ist Beschwerde an die Ausschussherrschaften zulässig, die darüber endgültig entscheidet. Erhält der Rentner in einer Anstalt (Invalidenheim, Altersheim u. dergl.) Wohnung und Verpflegung, so ist an seiner Stelle die Anstalt berechtigt, Zuflüsse zum Pflegegeld zu erlangen, die aber nur bis zu drei Vierteln der Gesamtbezüge des Rentners beansprucht werden können.

Die erforderlichen Mittel sind mit 20 Prozent von den Gemeinden zu tragen, das Reich erachtet ihnen 80 Prozent der von ihnen verauslagten Unterstützungsbeiträge. (Die Vorlage besagte, daß die Kosten zu je einem Drittel von den Gemeinden, den Ländern und dem Reihe aufzubringen seien. Der Reichsrat, Reichswirtschaftsrat sowie auch der Ausschuss konnten sich dem nicht anschließen, weil weder die Gemeinden noch die Länder dazu imstande sind.) Das Gesetz hat Rückwirkung Kraft bis zum 1. Oktober 1921.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat durch ihren Redner erklären lassen, daß das Gesetz keinesfalls bestreift. Würde das Gesetz den gegenwärtigen und tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen, so müßten weit höhere Beiträge eingezahlt werden. Da aber das Gesetz gegenüber den bisherigen Rentenbeträgen und auch gegenüber der Vorlage bedeutende Verbesserungen aufweist und bei der Zusammenfassung des Reichstages mehr nicht zu erreichen

war, stimmte die Sozialdemokratie zu in der Erwartung, daß die Regierung alsbald Ausführungsbestimmungen erlässt, damit die armen hungernden Rentner noch vor Weihnachten im Besitz dieser kleinen Verbesserungen kommen und weiter in der Erwartung, daß die Regierung alsbald die angekündigte Vorlage über die Erhöhung der Unfallrenten dem Reichstage zugreift läßt, damit auch für die in gleicher wirtschaftlicher Bedingung sich befindlichen Opfer auf dem Schlachtfeld der Arbeit eine Beilebung beschlossen werden kann.

Bei der Abstimmung des Gesetzes gab es noch eine interessante Auseinandersetzung mit den Kommunisten, die sich wieder einmal als die alleinige Helferin der notleidenden Invalidenrentner hinstellten. Die beiden sozialistischen Fraktionen hielten im Ergebnis für die Invaliden- und Altersrentner einen monatlichen Betrag von 300 Mark gesetzt, der Antrag wurde von Bürgerlicher Seite abgelehnt. Die Kommunisten nahmen zu den Ausschusserörungen völlig passiv teil, ohne auch nur einen einzigen Antrag zu stellen. Im Plenum des Reichstages wurde der Antrag der beiden sozialistischen Fraktionen auf Gewährung von 300 Mark aufs neue eingebrochen und von den Bürgerlichen Parteien nochmals abgelehnt. Nunmehr hielten die kommunistischen Invalidenrentner ihrer Fregenbildung für gekommen; sie wachten den Antrag nunmehr zu dem ihrigen, übertrumpften ihn aber, indem sie 300 Mark forderten. So etwas verpflichtet zu nichts, da die Aussichtslosigkeit des Antrages schon erprobt war. Nach außen hin soll der Antrag einen guten Eindruck machen, von dem aber die bedauernswerten Rentner nicht profitieren. Die Rentenempfänger werden sicherlich des „taffrägen Eintritts“ der Kommunisten für ihre Interessen dankbar gedenken!

## Wirtschaftswissenschaft.

Reichsbank.

Noch dem letzten Ausweis der Reichsbank vom 23. d. M. hielt in Zahlungsmittelverkehr die überaus unerfreuliche Entwicklung weiter an. Der Banknotenlauf ist von neuem eingewachsen und zwar um 1277,8 Millionen Mark auf 96 463,9 Millionen Mark, während der Umlauf an Darlehenstassenscheinen eingangsfügig um 19,8 Millionen Mark auf 7077,2 Millionen Mark abnahm. In beiden Geschehen zusammen sind also in den dritten Novemberwoche 1258 Millionen Mark neu in den Verkehr geflossen.

Die Organisation der Steuerbehörden.

Der finanzielle Ausbau des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit Vorschlägen der Sachverständigen zu einer besseren und schnelleren Veranlagung, Erhebung und Verteilung der Reichsteuern. Die Aussprache drehte sich besonders darum, in welchen Umfang es möglich sei, die Finanzämter durch die Einführung von Steuergemeinschaften als Selbstverwaltungsträger die Gewerbe zu entlasten. Dieser von Georg Bernhard Lehmann vorgelegte Vorschlag wurde offiziell einem Arbeitsausschuß überreicht, der das Problem in seinem ganzen Umfang prüfen und besondere Erhebungen über seine praktische Durchführbarkeit untersuchen soll.

Die Gründung der Moskauer Börse.

Die Warenbörse in Moskau ist am 21. November eröffnet worden. In der ersten Börsensitzung, an der Vertreter der wirtschaftlichen Volkskommunisten, der corporativen Produktionsgenossenschaften, der Genossenschaften in den verschiedenen Gouvernementen und der Arbeiterverbände teilnahmen, wurde das von der Sowjetrepublik gegebene Börsenstatut bestätigt. Danach lebt sich das Börsenkomitee zusammen aus acht Vertretern des Zentralkomitees der Genossenschaften, aus drei Vertretern der anderen bestehenden Korporationen und je einem Vertreter der Volkskommunisten für Volkswirtschaft, für Außenhandel, für Lebensmittelversorgung, sowie einem Vertreter der Reichsbank.

## Wochennachrichten.

Hamburg, 29. November.

Der Antrag belief sich auf 3511 Schiffe aus Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg. Die Preise waren I 19 bis 19,50 Mt., II 18—19 Mt., III 16—17,80 Mt., IV 12—14,80 Mt. Säulen I 17—18 Mt., II 18 bis 19 Mt. für das Pfund Lebendgewicht. Der Handel war mittelmäßig.

Görlitz: Antritt 1274 aus Schleswig-Holstein, Hannover und Mecklenburg. Die Preise waren I 18—15 Mt., II 10 bis 10,70 Mt., III 7,50—10 Mt., IV 6,50—8,25 Mt. für das Pfund Lebendgewicht. Der Handel war ziemlich rege.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 30. November.

	29. Nov.	28. Nov.
Amsterdam	100 fl.	950—15
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	180,00
Kristiania	100 Kr.	300,00
Kopenhagen	100 Kr.	310,00
Stockholm	100 Kr.	64,80
Helsingfors	100 finn. Mk.	49,50
Rom	100 Lire	1123,55
London	1 £	10,80
New York	1 Doll.	275,07
Paris	100 Frs.	1910,55
Zürich	100 Frs.	5204,75
Madrid	100 Pesetas	3796,20
Wien	100 K.	7,25
Budapest	100 K.	94,71
Prag	100 K.	233,70

## Schiffsvorfahrt im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler-Schifferamt Rechtsverfassung Februar 1922

Angekommen am 29. November.

D.	Director Nord. Böse	Stockholm	4
S.	R. B. 86	Görlitz	4
S.	A. 6	Stockholm	4
D.	Poseidon	Lindau	8

Angetreten am 30. November.

D.	Trave	Uermark	14
----	-------	---------	----

Berantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. V. Leber; für Freistaat Lübeck und Kreisamt Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Minister Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co, sämtlich in Lübeck.

**Emser**  
Quellsalz  
Lübeck & Kattwinkel  
(9732)

# Pelze

## Sonder-Angebot!

Eine große Partie  
eleganter

Pelztaschen

in schwarz, braun, grau

M. 145.- 180.- 220.-

Muffen

dazu passend

M. 120.- 160.-

Herren-Pelztaschen

um Auf u. Abnahmen

in jeder Preisstufe.

Spezialität:

Alle Sorten Filzjute,

lose (9734)

feste Natur - Stuns,

pechhute, Zubehör,

Zellvorlagen.

Pelzhause Friedrich

Zimmermann

Königstraße 24,

Ecke Pfaffenstraße.

Glas

scheiben

aller Art, Kitt,

Glasschneider

Bilderrahmen

etc. (9730)

Oscar Tauchnitz, Glashdl.

Fleischhauerstr. 35 F. 2808

Achtung,  
Sparklubs!

Sparkassen-

Röther

In übersichtlicher Auf-

nahme von dring in der

Buchhandlung

Friedr. Meyer & So.,

Johannisstr. 46.

# Wörterbuch der Stadt Lübeck.

## Ansage der Stadtfabrikogen

für die Namen A-H  
am Donnerstag, 1. und Freitag, 2. Dezember,

H-Z

am Donnerstag, 8. und Freitag, 9. Dezember.

Bureau: Mengstraße 16,  
geöffnet von 7-8 Uhr.

Zur die Einziehung der noch ausliegenden Ver-  
einigungsbücher für das neu aufgenommene Vereins-  
Verzeichnis wird ermuntert. (9774)

Deckergasse 10, 1.

Ind-  
land Lübecker Edel-Metallbau

M. Redner & Co.

Beckergrube 18 Telephon 3422

Filiale II. Auskunftsstelle Travemünde:

H. Jensen, Travemünde,  
Kurgartenstr. 141. (9777)

Wir zahlen nur feste Preise!

Daher die beste Absatzstelle

für Private und Händler!

für Gold-Bruch, 750 gest. p. Gr. M. 105.-

Gold-Bruch, 550 gest. - 55.-

Gold-Bruch, 550 gest. - 45.-

Silberbruch, 500 gest. - 250.-

Silberbruch, ungest. - 250.-

Platin - 470.-

Gebisse - 1000 bis zu M. 10.000.-

Gebisse - pro Zahn bis zu M. 100.-

Auskauf von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

M. Redner & Co.

Beckergrube 18, L.

Für eine Wohltätigkeitsförderung

wirken alle

in den Lübecker Stiftungen bitten um

Gaben an Geld, Lebensmitteln und

kleidung

Die Jüdische Wohltätigkeits-Gesellschaft. (9772)

Rechtsanwaltskanzlei

Gen. 574.

# Zur Aufklärung!

Die Margarinepreise werden von einer Kommission der Fabrikanten, welche im Margarineverband zusammengeschlossen sind, festgesetzt.

Diese Kommission legt dem Reichsnährungs-Ministerium die jeweilig festgelegten Preise und die zu Grunde gelegte Kalkulation vor.

Das Reichsnährungs-Ministerium konnte gegen die von der Kommission vorgelegten Preise keine Einwendungen erheben.

Die Zeitungen erhielten vom Margarineverband ein Rundschreiben, in welchem die Grundsätze der Preisbildung für die Margarine klargelegt wurden, doch kommen immer noch andauernd irreführende Mitteilungen.

Trotz aller Aufklärungen und trotz der genehmigten Preise beschlagnahmte die Berliner Polizei am 1. November bei unserer Berliner Niederlage einen größeren Posten Margarine wegen angeblich übermäßiger Preisforderung, **gab aber den Verkauf derselben Margarine zu den von ihr beanstandeten Preisen**

nach drei Stunden wieder frei.

Das Berliner Gericht hat trotzdem die Beschlagnahme vorläufig bestätigt. **ohne uns vorher zu hören.** Die endgültige Entscheidung muß erst noch erfolgen.

Im Anschluß an diese Schilderung erklären wir:

Wir haben stets, und auch am 1. November in Berlin, wie fast alle Fabrikanten nur die von der gemeinsam gewählten Kommission festgelegten Preise gefordert.

Wir haben niemals Ware zurückgehalten, um höhere Preise zu erzielen. Unsere Fabrik arbeitet seit Monaten, nur durch Sonntage unterbrochen, Tag und Nacht, um die große Nachfrage nach unseren Marken zu befriedigen. Unsere Berliner Niederlage braucht allein wöchentlich 2500 bis 3000 Zentner Margarine. Die beschlagnahmt gewesene Menge von 1800 Zentnern war demnach höchstens für den Verkauf von vier Tagen ausreichend.

## Bahrenfelder Margarine-Werke

A. L. MOHR, G. m. b. H.

(9752)

## Warum zögern Sie noch?

Sie können auf jede Reparatur und Stepperei warten.

Machen Sie einen Versuch und Sie werden staunen

über die Güte und Preiswürdigkeit der Arbeit,

die mir Ihre ständige Kundschaft sichern.

## REFORM

Schuhwaren-Reparatur und Stepperei im elektr. Betrieb

Inhaber: **Robert Jentzen**  
Leder- und Bedarfssartikel-Handlung.

Nur 50 Huxstraße 50.

9778a

Zägl. frische Zuführer in

Fluß-, See-

flüchen u. Räu-

cherwaren

Prümm,

Wahlstraße 21.

+ Magerleit +

Schöne volle

Stoffeformen

durch unser

große

mitgliedlich artlich

ausföhrliche Streng reell!

Seine Qualität ist

sehr gut.

Willi Westfehling

Adler-Apotheke,

Lücke 10. Bezirk.

Canin, Hosen, Jacken, Mäntel, Kette, som. Mantelvär'e

zum zu den höchsten Marktpreisen.

Perfektion Hermann Boy,

Sandstraße 21, gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

Reell! Reell! Reell!

Die öffentlich höchst geschätzten

Preise

f. Bruchgold, Bruchsilber, Platin,

Gebisse, Bremsättle, Brillanten,

alte Münzen, Doublebruch

zum wertig und überreitet ist

Willi Westfehling

Adler-Apotheke,

Lücke 10. Bezirk.

Seine Mängelheit für Seide.

(9759)

Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft

e. G. m. b. H.

## Versammlung

derjenigen Mitglieder, die noch zu

bauen gedenken,

Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Zahlreichen Besuch erwarten.

Der Vorstand.

Stadttheater Lübeck

Mittwoch, 30. Nov. 6.30 Uhr.

Siegfried, 1. Ab-Vorl. Schif. C.

Donnerstag, 1. Dez. 7.30.

Der Troubadour.

16. Ab-Vorl. Schif. D.

Freitag, 2. Dez. 6.30 Uhr.

Peer Gynt.

Dramatisches Gedicht

von Henrik Ibsen.

Musik von E. Grieg.

16. Ab-Vorl. Schif. D.

Gürtelne haben keine Gültigkeit.

Sonntag, 3. Dez.

Zum legend. Mal:

Die Blaue Magie.

8. Ab-Vorl.

## Treifstaat Lübed.

Mittwoch, 30. November.

### Die alten Salzspeicher am Holstentor.

Mit der Frage der Erhaltung der alten Salzspeicher am Holstentor beschäftigte sich eine Versammlung Lübeder Architekten und des Vereins der Kunstreunde. Nach den „Lübedischen Blättern“ berichtete Baudirektor Balzer über die bisherige Entwicklung und teilte mit, daß nach dem Ausbau des ersten Salzspeichers bereits ein Antrag vorliege zur Ausnutzung des zweiten Speichers, man also zu dieser Frage in der Oeffentlichkeit Stellung nehmen müsse. Es wies darauf hin, daß man entweder die Speicher als Ruine weiter erhalten würde, wobei der rein malerische und östhetische Reiz der alten Bilder gewahrt würde. Deshalb könne man aber auch an einen Ausbau denken, durch welchen den alten Speichern, die man schon fast als Ruinen bezeichneten könne, wieder neues Leben eingebracht werden, der rein malerische Wert des Bildes aber zu einem Teil verloren gehen würde. Eine vollständige Erhaltung der Speicher als Ruine auf längere Zeit sei bei ihrem baulichen Zustand unmöglich, man müsse dann mit ihrem künftigen Abbruch rechnen, dürfe diesen aber jedenfalls nicht eher vornehmen, bis man wisse, was an dieser städtebaulich bedeutenden Stelle neben dem Holstentor als Ersatz entstehen würde. Erschwerend käme für die Ausführung eines Ausbaus in Frage, daß der bauliche Zustand des zweiten Salzspeichers so schlecht sei, daß dort wahrscheinlich nicht mehr vor einem Ausbau, sondern nur noch von einem Wiederaufbau gekommen werden könnte. Es sei dann zweifelhaft, ob man dann diesem nicht einen Neubau vorziehen sollte, bei dem die ganzen städtebaulichen Bedingungen des Platzes berücksichtigt werden müßten. Unbedingt müsse aber bei der weiteren Entwicklung der Aufgabe auch die Beseitigung der landwirtschaftlichen Maschinenzentrale zum Ausdruck kommen, da diese heutzutage die Verhandlung des Stadtbildes am Holstentor nicht länger gebuldet werden kann.

In der sehr lebhaften Aussprache sprach man dem Berichterstatter in den Hauptpunkten zu, wies aber darauf hin, daß man in der heutigen Zeit der Gesellschaftswelt und Tertur an einen Neubau kaum in absehbarer Zeit verweilen könne, doch aber zur Verbesserung der Stadtkonturen unbedingt eine günstigere Ausnutzung der alten Gebäude geboten sei. Dabei genüge es, wenn das Gesamtensemble erhalten werde; Veränderungen, namentlich in den unteren Geschossen der Speicher, müssten dabei zulässig sein. Die Ansicht der Verhandlung kam zum Schluss in folgender Entschließung zum Ausdruck:

1. Die Beseitigung der landwirtschaftlichen Maschinenzentrale ist mit Rücksicht auf die Verbesserung des Stadtbildes am Holstentor unbedingt erforderlich und soll sofort bei den notwendenden Körnerfesten bearbeitet werden. 2. Für die Erhaltung der Salzspeicher ist ihr Ausbau für einen neuen Zweck nicht ganz zu verwerten. Wenn er durchgeführt wird, muß dabei die Umrisshaut der Bauten erhalten werden. Verantworten im einzelnen sind aufzulösen nach einem Gesamtplan, der den biszzeitigen Charakter der Gebäude, namentlich in den oberen Geschossen, im wesentlichen markt. Die Verhandlung ist sich dabei bewußt, daß bei einem solchen Ausbau der bisherige rein malerische Reiz der Gebäude zu einem Teil verloren geht. Das muß mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse ertragen werden, die eine Ausnutzung aller Möglichkeiten für die wirtschaftliche Hebung unserer Verhältnisse dringend erfordert.

### Amerikanische Kleiderpäckchen.

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz machte bekannt: Auf Anregung und Wunsch des Central Relief Committee hat das Deutsche Rote Kreuz die Einrichtung von Kleiderpäckchen neben den schon bestehenden Lebensmittelräumen übernommen. Bekanntungen auf diese Päckchen können nur von amerikanischer Seite aus erfolgen und zwar in derselben Form wie auf die Lebensmittelpäckchen. In Deutschland kommen die Päckchen daher nur als Liebesgaben zur Verteilung und können hier nicht kauflöslich erworben werden. Für die deutsche Volkswirtschaft sind

die Päckchen deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie in Deutschland selbst hergestellt und verkauft werden, ihre Bezahlung aber durch ausländische Mittel erfolgt, und Überträger, die aus ihnen in Amerika und Deutschland erzielt werden, zur Förderung der deutschen Nothstände verwendet werden. Aus diesem Grunde ist es auch dringend zu empfehlen, daß jeder, der in den Vereinigten Staaten Verwandte oder Freunde hat, die auf die Möglichkeit Kleiderpäckchen durch das Central Relief Committee, 247 East Street, New York, zu bestellen verweise, denn selbstverständlich können durch diese Päckchen nicht nur Privatpersonen, sondern auch die schwerbedrohten und gerade in bezug auf Woche und Kleidung äußerst bedürftigen Institutionen und Einrichtungen der deutschen Wohlfahrtspflege wirthsam untersucht werden. Das Central Relief Committee nimmt einstweilen Bestellungen auf sechs verschiedene Päckchen entgegen:

Päckchen 1. Erfrischungsausstattung, enthaltend 68 Gegenstände, darunter: 6 Hemden, 10 Windeln, 3 Strümpfe, 1 Gummiunterlage usw.

Päckchen 2. Knabenausstattung, enthaltend 21 Gegenstände, darunter 3 Taghemden, Trikots, 1 Sweater, 1 Stoffhose, 1 Waschanzug usw.

Päckchen 3. Mädchenausstattung, enthaltend 24 Gegenstände, darunter 3 Taghemden, 2 Unterhosen, 1 Wollkleid usw. usw.

Päckchen 4. Haushaltung, enthaltend 24 Gegenstände, darunter: 2 Bettbezüge, 2 Laken, 6 Handtücher usw.

Päckchen 5. Männerausstattung, enthaltend 32 Gegenstände, darunter: 1 wollenes Unterstück, 3 Hemden, 6 Taschentücher usw.

Päckchen 6. Frauenausstattung, enthaltend 23 Gegenstände, darunter: 1 wollenes Kleid, 1 warmer Unterrock, 4 Paar wollene Strümpfe usw. usw.

Die verfügbaren Größen sind Durchschnittsgrößen unter denen der Endempfänger wählen kann. Die Justierung geschieht durch Paketpost.

### Standesgemäß.

Es sind gute Zeiten für Kriegs- und Nachkriegsgewinner. Während des Krieges mochte der Senator der Generalgouvernements darüber, daß von den ungeheuren Gewinnen der Rüstungsindustrie nichts in die Oeffentlichkeit drang. Nach dem Kriege erhält die Oeffentlichkeit wohl einige Aufklärung, aber so rechte Vorstellung davon, wie groß die Summen sind, die aus den Taschen der Steuerzahler in die der „staatsverhaftenden“ Schieber fließen, hat der gewöhnliche Sterbliche immer noch nicht. Hergenbundes Justrat des „Fremdenblatt“ — wer sollte es anders sein — gibt einige Aufschlüsse:

Für meinen Sohn Jüche zu kaufen Rittergut in Schlesien oder Mecklenburg. Erforderlich Schloß am Park, guter Boden, auch Wald. Preisfrage 8—12 Millionen Mark. Angebote mit Bild erbeten unter A. 12 an Alia, Hassenstein & Vogler, Dresden.

Man muß es nur richtig anpacken, dann kann einem der Staat sonst etwas. Zunächst wählt man deutschnational oder volksparteilich. Damit erreicht man, daß die Besitzsteuern möglichst lange hinausgeschoben werden. Dann bringt man einiges Kleingeld über die Grenze, um für alle Fälle gestrichen zu sein. Schließlich leistet man für den Herrn Sohn, der in Ermangelung sonstiger Fähigkeiten sein schwarz-weiß-rotes Band spazieren trägt, für 8 bis 12 Millionen Mark ein Rittergut, um ihn „standesgemäß“ unterzubringen. Die Unterpflaster werden dann tüchtig angepflastert, während man selbst über die Unzulänglichkeit der Preise für Agrarprodukte klagt.

Im übrigen schimpft man dann über die Begehrlichkeit der Menschen und auf die „Schieberrepublik“, um als nationaler Mann zu gelten. Wie gesagt, man muß es nur verstehen. . .

Eine Sitzung des Bürgerausschusses am Montag nachmittags erzielte folgenden Senatsantrag: Die Mitgenehmigung: Nachbewilligung für das Obernotsicherungsamt; Erhöhung der Entschädigung für die Wahrnehmung der Kurverwaltungsgeschäfte in Travemünde; Errichtung eines Rauchhauses im Städtischen Kurhaus; Unterhaltungskosten für den Personenkarrenwagen; Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für das Gewandbuchamt; Treataustausch in Moisling; Verbesserung der Brunnenanlage auf dem Stadtgute Karlshof; Errichtung von Trennungswänden in den

Wohnungen der Barade Wohlstraße Nr. 6; Beschaffung eines Befreiungsausgangsapparates; Verlauf von Landstrichen auf dem Weltall; Vortragsstuhl für Beamte des mittleren Verwaltungsdienstes und Bureauangestellte; Einstellung eines Nachwächters für Schönböken; Bau eines Hühner- und Holsalles auf dem Grundstück der Polizeistation in Nuss; Mittel zur Bezahlung der Einquartierungsleistungen; Beihilfe an das v. Borries-Stift; Milchversorgung der Säuglinge und Kleinkinder; Bewilligung von 3000 M. zur Durchführung der Krüppelfürsorge; Erweiterung der elektrischen Lichtanlage in einigen Bezirksschulen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde sodann die in der Versammlung der Bürgerschaft vom 24. Oktober d. J. anlässlich der Verhandlung des Kuhlohngelehrts für die lübedischen Staats- und Gemeindearbeiter dem Bürgerausschuß zur Prüfung überwiesen. Anträge von B.-M. Voigt (Soz.) verhandelt. Auf Antrag Haupt wurde der Bürgerschaft empfohlen, die beiden Anträge Voigt dem Senat zur Prüfung zu überweisen.

Beitragserhöhung im Landarbeiterverband. Von der Organisation der Landarbeiter wird aus geschrieben: Der vor einigen Wochen in der Kreiskonferenz für Lauenburg gefaßte Beschluss, ab 1. Januar 1922 den Beitrag auf 3 Mark pro Woche für vollwertige männliche Mitglieder, 2 M. für Wochenlöhner und Jugendliche und 1 M. für weibliche Mitglieder festzusetzen, hat Nachahmung gefunden. Auf zwei weiteren Kreiskonferenzen, die für die Kreise Stormarn und Lübeck stattfanden, wurde der selbe Beschluss geöffnet, jedoch zu hoffen ist, daß bald alle Kreise folgen nachfolgen werden. Die Mitglieder sind sich darüber klar, daß das Rückgrat der Organisation eine kräftige Rose ist; denn nur dadurch werden sie instand sein, die lüdigen Wohnbewegungen mit dem nötigen Nachdruck zu führen. Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

„Gewalt oder Rechtssalitit“, über dieses Thema sprach am Montag abend im Gewerkschaftshaus Herr v. Gerlach - Berlin in einer von der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Lübeck, einberufenen Versammlung. In klarer Weise zeigte der Redner die hohen Ziele der Friedensgesellschaft, die dahin gehen, den Krieg abschützen zu überwinden und an Stelle der alten Gewaltpolitik die Rechtspolitik zu sehen. Er schiede, wie die früheren Machthaber gewissheit und welches Unheil sie über die Völker gebracht haben. Bismarck hat nach 1871 nicht nur die von Staaten ausgehende Verständigung mit Frankreich abgelehnt, sondern trat, als Frankreich seine Kriegsschuld an Deutschland über Erwartungen schnell bezahlt, in einem Artikel für einen neuen Krieg mit Frankreich ein, damit es mehr gedrückt würde. Auch später wurde Deutschland nicht nur jegliche auf den Frieden gerichtete Bemühungen, wie Abrüstung und Schiedsgericht, ab, sondern rückte immer weiter, so daß ein unerträgliches Metternich entstand. Seit der Haager Konferenz nach Deutschland als Hort des Militarismus. Es wurde in der ganzen Welt mit Hass und Misstrauen betrachtet. Der Redner schilderte dann die Vorgänge, die den Ausbruch des Weltkrieges herbeiführten. Wilhelm II. hat auf den am 28. Juli von Russland gemachten Vorschlag auf Errichtung eines Schiedsgerichts nicht geantwortet. Die alten Machthaber handelten immer von ihrem Gewalt- und nicht vom Rechtsstandpunkt. Diesen Machtpunkt haben die Monarchisten solange in ihrer Verblendung vertreten, bis das deutsche Volk völlig ausgeworfen und verelendet war. Keine Möglichkeit, der Verständigung wurde befreit. Die Menschheit müsse erkennen, daß mit dieser alten Gewaltmethode endlich aufgeräumt werden muss. Herr v. Gerlach gehörte dann sofort das Treiben der Nationalisten, der Alldeutschen, die nach Revanche streben und für einen neuen Krieg eintreten. Das seien verbrecherische, wahnähnliche Befreiungsbürgen, die uns besonders im Ausland schädigten. Auch die Befürworter wollten den unerfüllbaren Friedensvertrag ändern, aber nicht ohne weiteres zerreißen. Nicht Gewalt, sondern nur Vernunft und Recht könne hier zum Ziele führen. Dann kam der Redner auf den Böllerbund zu sprechen, der ausgebaut und verbessert werden müsse, schilderte die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die unerträglich für alle Länder seien. Hohes Ziel zollte er dem Wirkens des internationalen Gewerkschaftsbundes, der mit seinen 24 Millionen Mitgliedern eine große Macht darstelle. Über nicht nur die Arbeiter, sondern die ganzen Völker müßten sie international organisiert und einen Böllerbund schaffen, der das internationale Recht vertritt. Warm trat v. Gerlach für

langer Zeit bedürfen, bevor es uns gelingt, den übeln Eindruck, den dieses erste, und wenn Baronin ihren Rat befolgen, auch letzte Wiedersehen der Geschwister auf Marie hervorgebracht hat, zu verwischen.“

VIII.  
Als Pavel am späten Nachmittag heimkehrte, sah er schon im Beginn der Dorfstraße die Virgilova wie auf der Louvesteine. Sie rief ihn von weitem an und begrüßte ihn voll Freude und Fröhlichkeit und fragte teilnehmend nach seinen Erfahrungen. Er gab einsilbige Antwort, schwiege mißtrauisch nach der Alten und dachte: Was will sie mir antun, die Hexe?

Seine Ungewissheit über ihre Absichten dauerte nicht lange, die Hartnäckigkeit, mit der sie sich an seine Person heftete, ihre eifrig und dränglich wiederholte Ermahnungen: „Wart doch... wenn nicht so!“ führten ihn auf die richtige Spur. Von der Hütte wollte die Alte ihn fernhalten, in der Hütte ging etwas vor, dessen Zeuge er nicht sein sollte. Den Verdacht kaum gefaßt, und sofort verjekt, er saß in Trab, war bald an Ort und Stelle, stieß hastig die Tür auf und sprang in den Flur. Sein erster Blick richtete sich nach der Stube. Dori lag Winska auf dem Bett, schlafend und ruhig angelagert, das Gesicht in die Hände gedrückt und schluchzend. Vor ihr stand der Peter mit einer wahren Armenländerin, war feuerrot und hatte sein Hütchen, das drei Brautseiden lämpelte, weit zurück ins Genick geschoben.

Als Pavel auf der Schwelle erschien, erhob Winska sich rasch. „Wißt wieder dc? was willst? was suchst?“ rief sie.

Er blieb starr und grimmig die Federn auf Peters Hütlein an und fragte: „Hast ihm die Achselhaft?“

Eines Atmzugs Dauer war Winska verwirrt, der Bürgermeistersohn aber warf sich in die Brust. „Was unterstehst dich Hund?“ Geht's dich an?“ sprach er. „Troll dich!“

Pavel spreizte die Beine aus und stemmte sie auf den Boden, als ob er an ihn anwachsen wolle. „Für dich hab ich die Federn nicht gelohnt. Sie gehören der Winska. Gib sie der Winska zurück!“

Peter wendete den Kopf, brüllte ein launiggedehntes drobenes „du!“ und holte mit der Faust gegen Pavel aus. Im selben Augenblick glitt Winska ihm in den Arm und lehnte sich an ihn mit der ganzen Wucht ihrer fröhlich tierischen Gestalt. Sie trocknete an seiner Schulter eine Träne ab, die ihr noch auf der Wangen stand. „Tu ihm nichts, er weiß ja nichts.“ sprach sie, „er ist so dummkopf.“

„Wer?“ rief Pavel herbei, und kalter Schweiß trat ihm auf die Stirn.

„Der fragt!“ antwortete das Mädchen, „und jetzt hört an und redet mir! Was mit gehört, gehört auch dem“ — sie tippte mit dem Finger auf Peters Brust. „Ich brauch es ihm nicht erst zu hören, weil ich selbst ihm höre mit Haut und Haar. Und so lange er mich behalten will, ist's recht, und wenn er mich einmal nicht mehr will, red ich in den Brünnchen.“

(Fortsetzung folgt)

### Das Gemeindelind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

#### 18. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Sie sah, als ob sie sich mit Gewalt die Brust zerbrechen wollte, und er, kämpfend zwischen seiner Bestürzung über ihre Heftigkeit und seiner Freude über diese unerwartete Leidenschaft ihrer Liebe, starrte sie an, hesshaft, beglückt — und völlig ratlos, und rührte sich nicht, als die Klosterfrauen einer dichten Kreis um ihn und Milada schlossen, die Arme der Kleinen von seinem Hals lösten und sie, seitgehoben an Händen und Füßen, emportauchten. Es geschah mit großer Schönung, ohne das geringste Zeichen von Unbehagen; ein tieferes Leid, ein irriger Gedanken war alles, was sich in den Mienen der frommen Frauen aussprach, als ihr Jüngling auch eht nach seinem Widerstand fortlegte.

„Pavel!“ kreischte das Kind. „Pavel, reiß mich los!“ Gehen wir fort, meit weg... gehen wir zusammen in die Arbeit, in den Regelstschlag, wie früher, wie damals, wo wir klein waren... ich will nicht geben auf dich, daß du kein Dich mehr mirst. — Reiß mich los!... Nimm mir mir... Geh nicht allein... ich seh di spie mehr, wenn du allein weggehst — Sie lassen dich nie zu mir... Nie mehr!“

Ihr Schreien endete in nicht unterscheidbaren Lauten, in einem heiseren Husten. Pavel schrie; der Husten der Kleinen knüttet ihm ins Herz, und doch blieb er unbewegt genug, um zu denken: was sie verlangt, ist unmöglich, was sie sich aufzutut, gezielt über ihre Kräfte. Sie schwiegen endlich — gewiß vor Er schöpfung. Pavel kannte sie nicht sehen, dreie und vierfach waren allmählich die Reihen gemordet, die die Klosterfrauen zwischen sich und ihm bildeten. Stattd der überangestrennten Stimme leiner Schmetter vernahm der Bruder eine reine glöckenhelle, die erwiderte, zu spät, gleichmäßig, eindringlich und immer leiser.

Pavel hielt den Atem an und horchte — die kleine blieb ruhig. — Nur aufzusehen hörte er sie manchmal aus tiefer, schmerzerfüllter Brust, und scheinen wollte ihm, als wenn sie dabei keinen Namen. Und er hielt sich nicht länger, er stürzte vor, den Kreis zu durchbrechen, der ihm den Anblick seiner Schwester entzog. Er hatte Widerstand erwartet und fand keinen; wie auf ein gegebenes Zeichen wichen die Klosterfrauen zu beiden Seiten aus, und er sah Milada vor sich stehen an der Hand der Oberin, bleich, zitternd, das Köpfchen wieder schief neigend, die rotenwelligen Haare scheinend — die um ihn geweinten Augen! — Eine fast unüberwindliche Lust ergriff ihn, sie in seine Arme zu nehmen und mit ihr zu entfliehen. Die Tür war offen, ein paar Schritte, und er hätte das Freie erreicht, und einmal drauf, sollten sie ihm nur nachlaufen, die Klosterfrauen! ... Wer dann? wohin bringt du das Kind? führt es ihm durch den Gang, und die Hitze aufsiedende Verzündung.

„Tritt näher,“ sprach die Oberin, „sage deiner Schwester Lebewohl.“ Er folgte dem Geheiz und setzte aus eigener Motivvollkommenheit hinzu: „Am nächsten Sonntag komme ich wieder.“ Die Kleine brach nun neuem in Tränen aus und flüsterte, ohne aufzuhören? „Darf er?“ „Das kann ich nicht im voraus sagen,“ erwiderte die Ehrewdige, „es hängt ja nicht vor mir ab, sondern von dir, von deiner Ausführung, dein Bruder darf immer kommen, wenn du gut, gehorsam und —“ sie legte besonderes Gewicht auf diese Worte: „nicht ungeduldig bist.“

„So schau!“ rief Pavel fröhlich aus. Die Bedingnis, an die sein Wiedersehen mit der Schwester getroffen worden, enthielt für ihn die ironischste Verheißung. Er begriff nicht, warum Milada traurig und unglücklich den Kopf schüttelte, da er, sie führend und unarmiert, versproch, sich in acht Tagen gewiß wieder einzufinden. Und als die Kleine hinweggeführt worden, und er, dem Befehl der Oberin gehorrend, die Halle verlassen hatte und nun draußen stand auf dem Platz vor dem Kloster, lachte er vor sich hin. Er sah über das törichte Kind, das die Trennung von ihm jahrelang guten Mutes ertragen, und das sich nun, da es einen Abschied für eine Woche galt, so bitter grämte. Die arme Kleine, wie liebte sie ihn! Wann hätte er sich's träumen lassen, daß sie ihn so sehr liebt! — Alles wäre sie bereit gewesen, um ihn aufzugeben, das schöne Haus, in dem sie wohnte, ihre guten Kleider, das gute Essen... ja sogar die sichere Aussicht auf das Himmelsreich...“

Das will er ihr hören, er weiß schon wie; er wird sich ihrer Liebe würdig machen. Wonniger Sioz, die herrliche Zuversicht erfüllt ihn; etwas Hößliches, Unberührliches schwelte sein Herz. Er gehößt keine Rechenschaft davon, er hätte es nicht zu nennen gewußt, es war ihm ja so neu, so fremd, es war ja — Glück. Unter dem Einfluß des Wunders, das sich in ihm vollzog, meinte er auch von außen kommende Wunder erwartet zu müssen. Und wie er so langsam dahinrückte, gestaltete sich aus seinen webenden Träumen immer deutlicher die Überzeugung, daß er einer großen Veränderung seines Schicksals entgegengehe, dem geheimnisvollen Anfang in einem höheren, besseren Leben.

Eine Sturthe wunderte er schon und hatte kaum den vierten Teil des Weges zurückgelegt, da überholte ihn ein Bote, der gleichfalls aus der Stadt kam und nach dem Dorfe ging; ein alter Bekannter, der Nachwächter Wendelin Much. Der Mann wurde jeden Sonntag am frühen Morgen von der Baronin nach dem Kloster geschickt. Er überbrachte das Taschengeld für Milada, einen Brief für die Oberin und Geschenke für die

die Republik ein und brandmarkte schärf die monarchistischen Belebungen, die den Frieden gefährdet. Auch die Umtriebe der Hohenzollern wurden gebührend gezeichnet. Das Vermögen dieser Leute, die mitschuldig am Kriege seien, müsse beschlagnahmt und zur Sicherung der Not der verkümmerten Kriegsteilnehmer verwandt werden. Im Parlamente müsse zur Offensive gegen die Monarchisten geschritten werden. Nicht, so schloß der Redner, militärischer Ruhm ist unser Ziel, sondern unser Streben geht dahin, im geistigen Kampf für die großen Güter der Menschheit einzuleiten. (Pebhoster Beifall.) — In der Ansprache beteiligten sich zwei Kommunisten, die ihre oft gehörten Reden über Kapitalismus usw. wiederholten. In seinem Schlussswort berichtete der Referent die Moskauer unter lebhaftem Beifall glänzend ab. Er zeigte u. a., daß die Gewaltmethode der Kommunisten ebenso verderblich und schädlich sei wie die der den monarchistischen Machthaber. Zum Schluß forderte der Verbandsvorsitzende, Genosse Dr. Leber, zum Beitritt zur Friedensgesellschaft auf.

Die starke Nachfrage nach Feinkost hat das Landesversorgungsamt veranlaßt, vom Sonnabend, dem 3. Dezember ab eine Tendenz in der Herstellung des rationierten Brotes einzutreten zu lassen, die es ermöglicht, eine größere Menge Feinkost auszugeben. Mit Rückhalt davon, daß die Unterkosten (Kohlenpreise, Gelehrtenlöhne u. l.) erheblich gestiegen sind, ließ sich eine Erhöhung der Brotpreise nicht umgehen, es ist aber gelungen, diese Erhöhung in mäßigen Grenzen zu halten und es besteht auch die Aussicht, daß wenn nicht ganz besondere Umstände eintreten, diese Preise auf längere Zeit hinaus gehalten werden können. Alles weitere ist aus der Bekanntmachung in der heutigen Nummer zu erschließen.

Von der Schifffahrt. Vergroßerung der dänischen Handelsflotte. Nicht allein, daß dänische Reedereien in Dötsford kleinere Fahrzeuge für ihre Binnenschiffer angekauft haben, sie vergroßern auch durch Ankauf größerer Schiffe ihre Flotte. So hat kürzlich die Reederei Schulte u. Schumann in Egerlund eine Anzahl Motorschiffe angekauft, die bereits an die Reederei abgeliefert sind. Außerdem hat sie elf Motorschiffe von je 120 Tons und ein Motorschiff von 180 Tons auf deutschen Werken zum Bau in Auftrag gegeben. Diese Schiffe werden in die Frachtfahrt der Ost- und Nordsee eingestellt. — Sappelau. Auf den Deutschen Werken, Werft Kiel, lief ein 880 Tons großer Dampfer von 124 Meter Länge von Stapel, als dritter der Reihe seit Mai d. J., welche die Werft für die Gloman-Reederei in Hamburg baut. Der Dampfer ist für die Frachtfahrt nach dem La Plata bestimmt.

Eisicherer Ørtee. Pillau, Hafen: Strichweise Treibis. Frisches Haff bei Königsberg: Schifffahrt geschlossen. Seefahrt: Schifffahrt nur mit Eisbrecherhilfe möglich. Frisches Haff bei Elbing: Schifffahrt nur für starke Dampfer möglich. Stolpmünde, Winterhafen: Dünne Eisdecke. Barthöft, nördliche Einfahrt, Geleenboden: Eisfrei; Strichweise Treibis; Schifffahrt für Segler erschwert. Stolpmünde, Revier: Eisfrei; Schifffahrt unbehindert. Siett in Haff, Steinen: Dünne Eisdecke, starke Eisdecke Wittower Hafen, Löben, Rastow: Eisfrei; Revier: Dünne Eisdecke, starke Eisdecke. Tore in münd. Seehaven: Eisfrei; Revier: Dünne Eisdecke. Fahrwasser nach Wismar, Hafen: Strichweise Treibis; Schifffahrt für Segler erschwert. Gider bei Rendsburg: Starke Eisdecke, starke Treibis. Schleimünde bei Schleswig: Eisfrei. Schleswig: Leichtes, lohes Eis; Schifffahrt erschwert, für Segler nur mit Schleppschiff möglich.

Angetriebene Schiffsboote. Nach einer Meldung aus Kalmar sind an der Östliche Küste zwei Reitungsboote angetrieben, von denen eines die Aufschrift: "Elbe" - Lübeck am Heck und Vordersteuert trägt. Das Boot stammt von dem kürzlich untergegangenen Lübecker Dampfer "Elbe".

Gütige Post nach Amerika im Dezember. Briefe, Postkarten, einzelne Drucksachen, politische Zeitungen und Geschäftspapiere gehen nach den Vereinigten Staaten von Amerika im Dezember um 3. von Southampton, Bremerhaven und Hamburg, am 9. von Rotterdam, am 10. von Liverpool und Hamburg, am 13. von Bremerhaven, am 14. und 17. von Southampton, am 21. von Southampton und Hamburg, am 22. und 29. von Hamburg, am 31. von Liverpool und Hamburg. Schluss der Post ist für den Norden und den Osten Deutschlands in Hamburg 1 für Southampton über Liverpool drei Tage vorher, 10,00 nm., für das rechte Rhein Gebiet in Aden-Deutz zwei Tage vorher 7,00 nm., für den Süden und den unbekannten Westen in Hamburg drei Tage vorher 12,00 mittags, für Rotterdam drei Tage vorher in Hamburg 10,00 nm., in Köln-Düsseldorf zwei Tage vorher 8,00 nm. Die Überfahrt dauert von England nach New York sieben bis neun Tage, von Rotterdam 10 Tage. — Der Dampfer "Jupiter" fährt am 3. Dezember von Hamburg nach Teneriffa, Las Palmas, Dakar, Fausque, Freeport, Montevideo, Rio, Acra, Constanza und Lagos. Der Dampfer erfüllt Briefsendungen jeder Art mit Leidenschaft. Schluss bei dem Postamt 1 Hamburg am 2. Dezember um 10 Uhr abends.

Wo fingen die meisten Postreisenden auf? Postreisenden gibt es am meisten in Frankfurt a. M., wo auf 1000 Einwohner 21,1 Inhaber von Postreisekunden kommen. Etwa an zweiter Stelle folgt Berlin mit seinen Vororten mit 34,5. Es folgen Karlsruhe mit 28,5, Dresden 25,0, Leipzig 25,2, München 24,6, Stuttgart 24,4, Köln 23,3, Mannheim und Mainz je 22,5, Breslau 22,2, Hamburg und Hannover 21,5, Rüthen 20,7. Von den übrigen Städten mit mindestens 100 000 Einwohnern hat Aachen 14,8, Altona 11,7, Augsburg 10,7, Bremen 9,9, Dortmund 7,8, Braunschweig 13,2, Bremen 8,7, Kassel 12,2, Charlottenburg 13,2, Chemnitz 16,6, Krefeld 17,0, Düsseldorf 9,2, Duisburg 6,7, Düsseldorf 12,5, Elberfeld 17,5, Erfurt 17,0, Elsen 9,0, Gelsenkirchen 5,5, Halle a. S. 14,3, Hamm 3,0, Kiel 13,2, Künzelsau 17,1, Lübeck 8,5, Magdeburg 13,2, Mannheim 19,5, Pforzheim 2,2, R. 5,9, Rüssel 12,6, Reutlingen 6,0, Oberhausen 4,1, Plauen 14,2, Saarbrücken 9,5, Stettin 11,0, Wiesbaden 13,8.

Die Lübecker Handelskasse (Vereinigte Industrielle und Handelskasse Handelskasse) hat, um ihre Mitglieder in Anbetracht der jetzt weitgehenden Kaufleuten im Feuerwaffenhandel vor erheblichen Verlusten zu bewahren, die Maßnahmen getroffen, die Entzündigung, die bisher nur das Segelschiff der Tarifsumme betraf, bis auf den den heutigen Verhältnissen anzurechnen entsprechenden 15%igen Beitrag der Tarifsumme zu erhöhen. Die Interessenten müssen das Schärfere aus dem bezüglichen Tarifat erfreuen.

Die Reichsbahnpolizeikommission, die am Dienstag im heutigen Gerichtsgebäude tagte, verhandelte gegen den Zollbeamten Schwarz, der befandlich seinerzeit an dem großen Bandenstreit beteiligt war. Das Urteil lautete auf Dienstleistung.

Ein konzentrischer Richterstag wurde am 26. November in Hamburg abgehalten. Neben mehreren hundert hanseatischen Richtern nahmen auch Vertreter der Justizverwaltungen der drei Hansestädte an der Versammlung teil. Die Tagesordnung bildeten: "Die hanseatischen Richtergesetze", über die für Lübeck Landgerichtspräsident Dr. Deinert, für Bremen Landgerichtspräsident Dr. Höre und für Hamburg Landrichter Lindemann berichtete. Eröffnung wurde eine Eröffnungserklärung, in der auf die Gesetze hingewiesen wird, die für die Rechtspflege erwünscht, wenn es nicht gelingt, den hanseatischen Richtern mit höheren Gehalts zu genügen, als es der Richter anderer Länder gesetzt wird. Die höhere Bevölkerung wurde durch die beobachteten Verhältnisse der Hansestädte geboten, zu gehörten. Der weltanschauliche Verlust der Hansestädte auf ihrer weiteren Höhe zu erstaunender Rechtsfragen sollte die Richterinnen vornehmlich bewirken und von weittragenden wirtschaftlichen Folgen begleitete Entscheidungen und ziehe die besten Kräfte in die gerade in den Hansestädten besonders hoch beobachteten freien Berufe. Der Erhaltung der richterlichen Tätigkeit bei insoweit den großstädtischen Verhältnissen weit über das Durchschnittsniveau hin-

aus vergrößert und aufzuheben. Die in allen drei Hansestädten bestehende Tendenz der Lebensverhältnisse erfordert besonders hohe Aufwendungen für den Lebensunterhalt. Die Beförderungsmöglichkeiten seien außerordentlich viel geringer als in größeren Ländern. Eine den Reichsstädten entsprechende Befolzung würde den vollen Niedergang des hanseatischen Richterstandes bedeuten.

## Schößengericht.

Wegen Beitrages erhielt der oft vorbestrafte, nicht in Lübeck wohnhafte Müller G. 10 Monate Gefängnis, 300 Mark Geldstrafe und 5 Jahre Körnerlust. Er hatte unter der unzureichenen Annoche, daß er einen Geldstrafe laufen habe, einem hiesigen Gastwirt 400 Mark abgeschwindelt. — Seinen Arbeitgeber bestohlen hat der Seiler Sch. Er kleidete nach Feierabend in die Werkstatt und stahl eine Leine und Bindegarn im Wert von 900 Mark. Der Angeklagte, der geständig ist, will in Not gehandelt haben, da ihm vor seinem nicht lehrt hohen Wochenlohn noch 75 Mark abgezogen wurden. — Die Produktion einer Arbeitsfürsorge beitragen hat der jugendliche Arbeiter M. Er ließ sich, da er angeblich arbeiten wollte, ein Paar Stiefel geben, die er verlaufen und das Geld verbrauchte. Außerdem hatte er auf sein Bitten noch 30 Mark erhalten. T. aber dem Angeklagten die Arbeit nicht zugestiege, so gab er sie gleich wieder auf. Er erhielt wegen Unterschlagung und Beitrages 2 Monate Gefängnis. — Wegen zahlreicher Beiträge erhielt der oft vorbestrafte Arbeiter S. einschließlich einer gegen ihn bereits erkannten Justizhausstrafe insgesamt 3 Jahre Justizhaus. — Ein jugendlicher Einbrecher. Der Arbeiter C. versuchte in der Wohnung eines jungen Arbeiters einen schweren Einbruch, bei dem ihm Uhren und andere Sachen im Wert von 1800 Mark in die Hände fielen. Urteil: 10 Monate Gefängnis.

Einheitliche Regelung der Weihnachtshilfe. In einer von der Zentrale für private Fürsorge einberufenen Versammlung interessierter Kreise wurde einmütig dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß es noch Möglichkeit vermieden werde, einzelne Familien oder Kinder doppelt und dreifach zu beschermen, während andere ganz leer aussehen. Um dies Ziel zu erreichen, hielt man es für unabdinglich, einer bestimmten Stelle rechtzeitig und amor spätestens bis zum 10. Dezember mitzuteilen, welche Kinder, Familien oder alleinstehenden alten Leute bedient werden sollen, damit festgestellt werden kann, welche von den zu Beschirmenden auch von anderer Seite zur Sicherung vorgesetzten sind, so doch für diese andere vorgeschlagen werden können. Die Zentrale für private Fürsorge hat sich bereit erklärt, diese Vermittelung zu übernehmen. Sie bittet dringend, diesen Richtlinien Neugabe zu tragen, und ihr möglichst frühzeitig zu spätestens aber bis zum 10. Dezember ein Verzeichnis der Kinder oder Erwachsenen, die beschont werden, einzutragen. Die Zentrale ist auch bereit, bedürftige Kinder und alte Leute für Weihnachtshilfestellungen vorzuschlagen.

Postalisch. Vom 1. Dezember ab befindet sich die Telegrampflicht während der Nr. 19 N-S-V beim Telegraphenamt. Einzige Schlußbuden 28. Telegraphische Postenmelungen und Einschreibebriefe werden nichts nur beim Postamt II (Bahnhof) angenommen.

Überster Bildspielausschuß. Mit der läßlichen Gewissheit, keine fiktive Inhängericht mit den Wundern und Schönheiten der Natur bekommt zu machen, begann auch am Dienstag der zweite Bilderbühnenabend. Diese Aufgabe zu erfüllen war wohl nichts geeigneter als der den Bilderräubern eröffnende Film: „Das Meer und seine Bewohner“. Dem Betrachter wurde die See an den verschiedenen Küsten in seiner eindrücklichen Schönheit vor Augen gestellt, Fischerboote und Fischdampfer tauchten auf, gleich Muschelalen von den wildbewornten Wogen umhergeworfen und doch als Sieger aus dem Kampf hervorgehend und ihre reiche Beute in den Hafen tragend. Silbermöven, Cormorane und Tölpel hatte der Photograph an ihren Brutplätzen und auf dem Meere auf die Platte gebannt. Aber auch das wenig bekannte Leben und Treiben des Tintenfisches, des sagenumwobenen Seepolypen (Krake), des Hummers u. a., der Kampf dieser Tiere untereinander auf Leben und Tod, war der Natur abgelaufen und wurde zur Darstellung gebracht. Auch der Mensch, als Taucher auf dem Meereshoden arbeitend, schloß nicht. Die erläuternden Worte, die Herr Seminarlehrer Benick zu den einzelnen Bildern gab, zeigten ein großer Sachkenntnis und trugen viel zum Verständnis der prächtigen Naturnauchnahmen bei. — „Der kleine Mist“, das droßlige Märchen aus Hauff's Karawannerie bildete den zweiten Teil des Abends. In 5 Bildern zogen die Abenteuer des kleinen Helden auf der Leinwand vorüber und, fanden ungereizt und wohlverdienten Beifall. Freilich, ein Sensationsfilm „zieht“ besser beim unbekannten Publikum und das mag der Grund sein, daß diese Veranstaltung nur mäßig besucht war.

Die Not unserer Stiftsinassen. In die zum Teil so malerischen Gänge und Höfe unserer Stadt, in denen so viele alte Leute nach einem arbeitsreichen Lebensabend ihre letzten Jahre verbringen, ist seit langem bitterste Not eingedrungen. Die Vorstufen der Stiftungen sind nicht in der Lage, diese Not zu beenden. Die alten Insassen müssen sich mit ein paar Hundert Mark das ganze Jahr durchschlagen. Wer die alten Mütter aus den Gängen und Höfen herausziehen will, um sich ein frisches Milch oder Brot holen, dem blutet das Herz im Mittag mit dieser Not, die ja still und geduldig getragen wird und doch so bitter und schwer ist. Nun kommt das Weihnachtsfest. Wie im vergangenen Jahre, so möchte auch in diesem die Zentrale für private Fürsorge möglichst allen Stiften eine Weihnachtshilfe bereitstellen. Sie bittet deshalb herzlich, ihr zu diesem Zweck Gaben in Geld, oder Lebensmittel, Kleidungsstücke und anderes, was alte Leute gut gebrauchen können, möglichst bald zu schenken. Die Zentrale hat Konten bei allen Banken, ihre Geschäftsstelle ist Königstraße 19. Ihr Konto 8744.

pb. Hafenarbeiter. Gezogenommen wurden vier Hafenarbeiter, die während des Beladens des Dampfers „Karl Marx“ von landwirtschaftlichen Maschinen, die auf den Dampfer verladen wurden, die Treibriemen abgeschnitten hatten, um diese zu ihrem eigenen Vorteil zu verwenden.

pb. Gestern wurde ein Matrose aus Barthau, der sich des Dienstags von Kleidungsstücken usw. häufig gemacht und ein Sinner von hier, der seiner Logiswirtin mittels Einbruch eine große Menge Wäsche im Wert von ca. 200 Mk. geklaut hatte. — Wegen Wechselstiftung wurde ein Techniker aus Ahrensburg bei Wismar festgenommen. Er hatte Wechsel von namhafter Höhe auf eine hiesige Bank in Umlauf gesetzt, die er mit den Namen hier bekannter Geschäftsräume unterzeichnet hatte.

pb. Geschichten wurden einem in Gnellersdorf wohnhaften Landwirt 7 weiße Jagdtücher und ein weißer Gänserich.

Großbäder. Aus der Partei. Die am 23. November abgehaltene gut besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, Ortsgruppe Großbäder, beantragte auf Antrag des Genossen Schröder die Genossen Böttcher und Meyer zur Bildung einer Arbeiterringenbegrenzung am Ort. Beim Punkt: Bürgerrechtswidrigkeit forderte Genosse Meyer die Versammlung auf, eine rechte rege Agitation zu betreiben, um alle diese Bäder, welche am 18. November die Linke Gustav Ehlers gewählt haben, zum Beitritt in die Partei und zum Reien des „Lübecker Volksboten“ zu bewegen.

## Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung! Die noch ausstehenden Sammellisten für den Wahlkonds müssen bis Sonnabend im Parteisekretariat, Johannisstraße 50, abgeliefert werden.

Achtung, Anzugzügler! Morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, „Zur alten Post“, Vortrag des Genossen Gogowski über „Schiller“. Winkliches und zahlreiches Erscheinen erwartet der Arbeitsausschuß.

Stadttheater. Am Donnerstag Abend gelangt „Der Troubadour“ zur Wiederholung. Am Freitag zum ersten Mal in dieser Spielzeit „Peer Gynt“ von Henrik Ibsen. Musik von Edvard Grieg. Regie: Jacob Ziegler. Herr Stein spielt die Titelpartie.

Hansa-Theater. Heute, Mittwoch, galvetti der Sopran Ernst Häßling vom Sofiensaal-Theater in Kiel als Marinellian Octave Duparc in „Tanzgräfin“. Freitag findet zu halben Preisen die beliebte Operette „Der selige Baldvin“ statt. In Vorbereitung „Fräulein Pu“.

## Angrenzende Gebiete.

Noten. Wahlerversammlungen. Am Sonntag sprachen in Notenau Parteisekretär Hackelberg und Genosse Ketelhohn-Schwartau. In der Debatte beteiligte sich ein Lübecker Kommunist. Die Versammlung war gut besucht.

Mensfeld. Am Montag sprachen hier in einer Wählerversammlung der Parteisekretär Verdiack-Kiel und Lehrer Schmidt. In der Debatte wollte ein Kommunist aus Mecklenburg Rohnen plaudern. Er wurde vom Genossen Verdiack glänzend abgeführt. Auch diese Versammlung war gut besucht.

Provinz Lübeck. Achtung, Landesausschusmitglieder. Erscheint alle um 2 Uhr zur Sitzung, nicht um 9 Uhr, wie die Regierung angeordnet hat.

Gnissau. Eine öffentliche Wählerversammlung fand hier am Sonnabend statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Wahlen. 2. Die Aufgabe des Landesausschusses und der Gemeindevertretung. Zum ersten Punkt sprach Genosse Drewang aus Kiel. Ihre ersten schlichten Worte sonden aufrichtige Zuhörer. Die Rednerin verstand es vorzüglich, der Versammlung den Grund der heutigen Notlage vor Augen zu führen. Ihre Ausführungen appfachten darin, daß nicht Gewalt die heutige Not bezwingen kann, sondern Aufklärung, bessere Schulen und sittliche Erziehung der Bevölkerung. Zum zweiten Punkt sprach Genosse Thäiner-Zehnsbör. Er führte aus, daß die Volksvertretungen in der nächsten Zeit so wichtige Sachen zu entscheiden haben, daß die Wähler alle Waffen haben, sich die Parteien genau anzusehen. An zurückliegenden Beschlüssen bewies er, daß als Vertreter der unteren Schichten einschließlich der Bevölkerung nur die Sozialdemokratie in Trost kommen kann. Zur freien Wahrheit meldete sich niemand, obwohl Kommunisten anwesend waren. Im Schlussswort erinnerte die Genossen Drewang besonders die Frauen, sich mehr als bisher am Parteileben zu beteiligen. Nach Aufforderung des Versammlungsleiters sich zeitig an der Wahl zu beteiligen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Eutin. Opfer des Eises. Der 16jährige Sohn des Gütervorstellers Valentiner und der 19jährige Sohn des Produktionshändlers Horstmann brachen etwa 50-60 Meter vom Ufer des Kleinen Eutiner Sees in das noch nicht tragfähige Eis ein und konnten nicht gerettet werden.

Ahrensböd. Eine öffentliche Wählerversammlung fand am Freitag in Lebaek. Genosse Drewang aus Kiel sprach über die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Wahlen als Referentin. Leider war die Versammlung in Folge eines Schreibfehlers für den 26. einberufen und infolgedessen nur schwach besucht. Eine weitere Versammlung findet am Donnerstag statt. (Siehe Inserat.)

Ahrensböd. Kreis konferenz des deutschen Landarbeiter-Verbandes. Die Delegierten der Landarbeiterchaft des Kreises Lübeck, das ist Provinz und Kreisstadt Lübeck hatten sich am vergangenen Sonntag im Lokal Schafenberg in Ahrensböd versammelt. Alle Ortsgruppen des Kreises waren vertreten. Kollege Hansen aus Kiel war als Vertreter der Gauleitung erschienen. Kollege Krillenberg-Dunkeldorf eröffnete die Konferenz. Dann sprach der Kreisleiter Fied Stockelsdorf über die Anpassung einer Schreibmaschine für den Kreis. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, pro Kopf der Mitgliedschaft 3 Mk. aus den Ortstassen hierfür zu zahlen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Beitragsfrage, begründet durch Kreis- und Gauleiter, beschloß nach sachlicher Debatte die Kreiskonferenz den Beitrag ab 1. Januar für vollwertige Kollegen auf 3 Mk. pro Woche, für Sohnen/Söhne auf 2 Mk. für Frauen und Jugendliche auf 1 Mk. festzulegen. Zum dritten Punkt des Tagesordnung: Tariffrage, sprach Kollege Hansen. Er betonte die Einigkeit in der Ansicht über die gegenwärtige Teuerung, erläuterte die eingereichte Forderung der Tarifverhandlungen und bat die Konferenz, der Gauleitung und Volkskommission in den bevorstehenden Lohn- und Tarifverhandlungen das Vertrauen zu bewahren. Dem wurde einhellige Zustimmung. Von Seiten der Delegierten wurde hervorgehoben, daß auch die Arbeitgeber nicht verschließen könnten. In Verschiedenen wurde noch beschlossen, ab 1. April die Einnahme der Ortstasse zur Hälfte an die Kreistasse abzuziehen. Davon sollen sämtliche Kosten der Delegation zu Konferenzen der Kreise, Betriebsobole und Sonstiges von der Kreistasse gezahlt werden. Nach Erledigung verschiedener sonstiger kleinen Fragen, einem Schlussswort und Hoch auf den Deutschen Landarbeiter-Verband von Kollegen Krillenberg geschlossen.

D. Schönberg i. Meel. Die Beteiligung an der Wahl der Stadtverordneten war sehr stark, obwohl nur von unserer Partei eine öffentliche Wahlpropaganda entfaltet worden war. Das Bürgertum hatte sich darauf bejähnt, jedem einzelnen Wähler von Haus zu Haus zu bearbeiten. Hierin hat besonders der Spitzenkandidat einer Liste der Kleinrentner, Herr Schönberg, hervorragendes geleistet. Er war jedoch vorsichtig genug, seine Versprechungen nicht in der Deutlichkeit zu wiederholen, denn ihm mußte, wie jedem Einzelnen, klar sein, daß seine Versprechungen einzulösen keinem Stadtverordneten möglich ist. Seine Art zu agitieren hat bei der nicht nur materiellen sondern auch geistigen Armut der von ihm bearbeiteten Kreise zweifellos Erfolg gehabt. Ob das ein zweitesmal möglich sein wird, möh fraglich sein. Um nur keine einzige Stimme verloren gehen zu lassen, hatte die sozialistische Stadtverordneten-Versammlung bei Beratung der Wahlordnung die Einführung von Wahlberechtigten für Frauen und Ortsabwesende beschlossen. Etwa 75 Wähler haben hierzu Gebrauch gemacht, diese Stimmen werden fast alle den bürgerlichen Listen zugeschlagen. Angeregt wurden bei der Wahl nach vorläufiger Zählung für die bürgerliche Liste 640, für die Liste der Kleinrentner 278 und für unsere Liste 567 Stimmen. Es werden hiernach erhalten: die Bürgerlichen 5, die Kleinrentner

geng der Wahl zufrieden sein. Vor allem ist erfreulich, daß sich die hiesige Arbeiterschaft nicht in mehrere Lager gespalten hat, sondern einig zur sozialdemokratischen Partei steht.

Hamburg. Aus Amerika zurück. Am 16. November verließ der Papag-Dampfer „Hansa“ (früher Deutschland resp. Victoria Louise) den Hafen von New York, um seine erste Heimfahrt anzutreten. Als mon einen Tag auf hoher See war, kamen aus einem Oberbaum sieben hungrige Gestalten hervorgetrieben und melbten sich bei dem ersten Offizier als „blinde Passagiere“. Es waren ein Tischler K. aus Magdeburg, ein Kistenschmied H. aus Rüderswalde, ein Schlosser L. aus Chemnitz, ein Brauer M. aus Fürth, ein Schläger B. aus Heppenheim, ein Bäcker A. aus Donauwörth und ein Kohlenhämmer Bo. aus Nauendorf d. Zeih. Ihre Lebensgeschichte in Amerika, die sie im Protokoll geben mußten, ist in allen Punkten fast gleich. In verschiedenen Zeitabschnitten von 1911 an bis Frühjahr 1914 landeten sie im Lande des Dollars. Es ging allen, die sich nie gefangen hatten, gleich schlecht. Als der Krieg ausbrach, begann ein Nomadenleben, das alle ruhlos von Ort zu Ort jagte. Nach Friedensschluß mit Amerika war die Möglichkeit, wieder in die Heimat zu gelangen, gegeben. Auf den verschiedenen Straßen plärrerten die Sieben nach New York und schlichen sich an Bord der „Hansa“. Der Kapitän hatte ein gutes Seemannsinne und stellte alle als Leberarbeiter ein. Der „Reichste“ von ihnen bezog einen Dollar, der „Arme“ ganze 7 Mark. Als die „Hansa“ am 27. im Hamburger Hafen anlangte und die höflichen Würdenträger erschienen werden mußten, son auch die Geißelkette der Sieben zur Sprache. Obwohl der Kapitän wie die Reeder keine Strafanzage gestellt haben, bot der Staatsanwalt es für nötig befunden, die Leute wegen Betrugsvorwurfs verhaftet zu lassen.

Hamburg. Blutiges Ende einer Familienfeier. In der Wohnung des Arbeiters Voode wurde Sonntag Geburtstag gefeiert. Zu dem Fest war auch der Nachbarmüller Max Kibbe erschienen, der Bräutigam der 23jährigen Tochter Martha. Während der Feier entstand ein Streit, da K. eisernförmig war. Er zog einen Revolver und gab auf seine Braut mehrere Schüsse ab. Die 16 Jahre alte Elisabeth Voode, die ihm in den Arm fallen wollte, wurde durch einen Schuß in die Achselhöhle schwer getroffen und starb bald. Die Braut des K. erhielt zwei Schüsse in den linken Arm und die rechte Schulter. Zu all diesem Unglück kam noch hinzu, daß die älteste Tochter des B. infolge des Schrecks vorzeitig entbunden wurde und einen Schlaganfall erlitt. Mutter und Kind wurden dem Krankenhaus überwiesen. — Ein Stierkampf auf der Straße. Den Gutsbesitzer Frey in Jenfeld war am Freitag nachmittag ein Bulle ausgebrochen und ins Freie gestürmt. Der Stosschweizer versuchte, den wilden Stier einzufangen, mußte aber seine Bemühungen frustatisch ausscheiden, und das Tier lief nach Hamburg zu, überall Angst und Schrecken verbreitend. Die Polizeiwachen der Umgegend wurden alarmiert und zahlreiche Revierwachtmeister schwärzten aus, um sich an der Jagd auf den Bulle zu beteiligen. Inzwischen hatte das Tier bereits mehrere Personen angefallen und verletzt. Das erste Opfer war der fünfjährige Hans Schumacher, Hornerlandstraße 191, der von dem wilden Stier zu Boden gestoßen wurde, aber nicht weiter verletzt wurde. Etwa weiter fiel der Bulle den Erwerbsfestsen Friedrich Steenkuß, Mendorferstraße 119, an. Er wurde von dem Tier von vorne gepackt und auf den Steinfundament gestoßen, wobei er einen Umbriech davontrug. Einigen Leuten war es gelungen, den Stier aus einem Höhlplatz zu lösen. Raum war der Platz geschlossen, als der Bulle von neuem austrat. Raum war der Platz geschlossen, als der Bulle von neuem austrat. Jezi stellte sich der Revierwachtmeister Nr. 129 dem Tier entgegen. Als der Bulle Hammerlandstraße, nahe dem Vorwerkweg, in seinem Laufe innehielt, gab der Beamte aus einer Entfernung von wenigen Metern fünf Schüsse auf das Tier ab. Sämtliche Kugeln trafen, trotzdem stürzte sich der Bulle mit geöffnetem Kopf auf den Beamten, der sich schlimmst in einer Harzeingang reiste. Als er sah, daß der Stier vor der Tür stehen blieb, feuerte er von neuem auf ihn und traf ihn dieses Mal in den Kopf, so daß das schwere Tier, ein dumpfes Geräusch ausstoßend, zur Erde fiel. Ein herbeizuhaltender Schloßter gab dann dem Tier den Fangstock, womit der Stierkampf sein Ende erreicht hatte. Nicht weniger als achtzehn Schüsse waren auf das Tier abgefeuert worden.

Hamburg. Zur Wiederbefreiung. Der Sturmzug der reaktionären Handelskreise gegen die gewerkschaftliche Buchkontrolle hat Erfolg gehabt. Auf das Telegramm vom Kondo, Hansbund an den Reichswirtschaftsminister, gegen die gewerkschaftliche Buchkontrolle einzutreten, hat dieser geantwortet, daß solche Maßnahmen der Selbsthilfe, die zu einer Linderung der Not nicht beitragen können, unterbleiben müssen. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit, daß es sich sofort an die beteiligten Hamburger höflichen und nicht höflichen Stellen gewandt hat, um eine gesetzlich nicht zulässige Selbsthilfe zu verhindern.

Kiel. Die Wiederaufnahme der Werft-Arbeit. Die Abstimmung der Arbeiter der Germaniawerft über die Wiederaufnahme der Arbeit hatte folgendes Ergebnis: 2301 für und 1301 gegen die Wiederaufnahme. Auf der Germaniawerft ist Montag morgen die Arbeit wieder aufgenommen worden. Zunächst gelangte nur ein Teil der Arbeiter zur Einschaltung. Die übrigen sollen am Dienstag und Mittwoch wieder eingestellt werden. Durch Verhandlungen des Betriebsausschusses mit der Direktion wird versucht, eine Regelung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

Zürich. Valuata-Rechnerispiel. Gütwirki Freiberufler führte den Stationstrug Weiterlatur für 71 000 Kronen, nach heutiger Valuata über 3½ Millionen Mark. Das Gewebe war nach dem Kriege für 120 000 Mark verkauft worden. Für die Saalachturherrichtung betrug das niedrigste deutsche Angebot 39 000 Kronen einschl. Montage; das sind nach angemessinem Valuatastand annähernd 2 Millionen Mark. Das niedrigste deutsche Angebot betrug 280 000 Mark auschl. Montage und Fracht.

Neukreis. Zum Prozeß Reibniz contra Hans Wendt sendet Genosse v. Reibnitz-Neukreis der „Deutschen Tagesszeitung“ und der „Neuen Preußischen Zeitung“, welche über die Bekämpfungslage falsche Berichte gebracht hatten, eine Berichtigung. Da die hiesige bürgerliche Presse seinerzeit auch über die Sache einen falschen Bericht veröffentlichte, so wollen wir einiges aus der Berichtigung wiedergeben. Genosse Reibnitz erklärt, 1. daß er dem Landgerichtspräsidenten Dr. v. Büchta niemals mit einem Aufsichtsrat des gesamten Neukreislicher Landgerichts droht sei. Er habe nur die Wahrung der Autorität der Staatsregierung verlangt und die Erfüllung einer Bitte, daß ein Staatsminister als Zeuge vernommen werde, verlangt. Die richtliche Unabhängigkeit wurde durchaus gewährleistet. — 2. Die dem Grafen Reck im November 1919 gemachte, niemals zur Ausführung gekommene Bestellung, für den Staat den von einer Wermeldefabrik übergegangenen inländischen Judent im Wert von 3 Millionen Mark anzukaufen, ist mit Zustimmung des Landesrathauses ergangen. Der damalige Ministerialrat Dr. Lehmann, jetziger deutschnationaler Abgeordneter hat, wie er unter Eid befestigte, keine Bedenken gegen die Legalität der Bestellung erhoben. Auch meine jetzige Frau, die frühere Freifrau v. Kasten, hat nach ihrer eidlichen Aussage niemals Provision verlangt und erhalten. — 3. Eine Zahlung von Schmiergeldern an die Reichskontrollstelle konnte gar nicht in Betracht kommen, da es sich bei dem zweiten von Graf Reck gemachten Angebot, das aber ebenfalls nicht zur Ausführung kam, um Kohlen handelte, die auf Kohlen-Bezugschein von der Gipsgrube gekauft werden und für deren rechtzeitige Abholung Rottgelder, d. h. Trümpfeler an Beamte der Grube gezahlt werden sollten. — 4. Die Bekleidungen und Beschuldigungen die scheinbar haben, treffen also in keiner Weise zu. Das beweist ja auch das von uns bereits veröffentlichte Urteil in dem Prozeß.

## Provinz Südbad!

Männer und Frauen!

Am kommenden Sonntag müßt Ihr mit dem Stimmzettel dafür eintreten, daß in unserer Provinz das Wort des schaffenden Volkes Gestalt erlangt. Ihr erinnert Euch noch der früheren Errichtung und Unterdrückung durch die Söldlinge des Kapitals und der Monarchisten. Ihr wißt noch, wie sie es waren, die geistig für den Völkermord eintraten, wie sie Eure Söhne und Männer in den Krieg hielten. Sie selbst schöpften die Söhne ab, bereichert sich an Eurem Elend. Wollt Ihr, daß zu dieser Not noch die Knute kommt, daß sie Euch die Steuerlasten allein aufzubürden?

Nein, das wollt Ihr nicht. Das kann Ihr nicht wollen. Ihr müßt Euch aber zur Tat aufzurufen. Ihr müßt mit dem Stimmzettel in der Hand Euren Unterdründern ein Holz gebieten.

Es ist genug. Sie sollen wieder in den Fuchsbaus verschreckt werden. Ihr könnt es, wenn Ihr nur wollt.

## Am Sonntag ist Gemeindewahl!

Wollt Ihr Eure Gemeinde den Großbauern allein aussiefern? Habt Ihr vergessen, wie wenig sie früher für Euch übrig hatten? Wie würden sie erst wieder hausen, wenn sie unter sich wären? Denkt daran vor.

## Wollt die Liste der Sozialdemokratischen Partei!

Noch einen zweiten Stimmzettel müßt Ihr in die Urne legen. Es gilt auch

## im Landesausschuß

der Sozialdemokratie eine Stellung zu verschaffen, die es Euren Vertretern ermöglicht, Eure Interessen zu vertreten und die eigentümlichen der Besitzer zurückzudringen. Deshalb wählt am Sonntag auch Sozialdemokraten in den Landesausschuß, wählt

## die Liste Wartels-Biensfeld.

Warnemünde. Warum müssen die Lebensmittel so teuer sein? Zu dieser Frage wird geschrieben: — weil soviel ins Ausland verschoben wird. Am 23. d. M. gingen zwei Waggonladungen Günschule von Berlin kommend, nach Dänemark. Wer hatte dafür die Ausfuhrerlaubnis erteilt? Unser Reichsbeförderer haben die Ausfuhrerlaubnis erteilt? Unser Reichsbeförderer haben die Ausfuhrerlaubnis erteilt? Müsste hier nicht mit voller Größe eingegriffen werden, um solchen Verlust das Hindernis zu legen? Können sich heute noch Arbeiter, Beamte und Angestellte erlauben, Günschule zu essen? Es geben die Schiebungen tagtäglich vor sich mit Fleisch, Kartoffeln und anderen Produkten. Das westliche Volk hilft zwar alles dieses produzieren, aber es leidet bitteren Mangel daran infolge dieser Schiebungen.

Oldenburg. Auf dem Eis ein gebrochen. Auf dem Zwischenmeer Meer brachen beim Eislauf die beiden 15jährigen Landwirtschöne Carl Oedemon aus Helle und Karl Rabben aus Wenerhausen durch das Eis und ertranken. — Unter die Eisdecke geriet ebenfalls ein Kind in der Nähe Oldenburgs bei der Oldenburger Siegeln, das mit anderen Kindern auf dem Eis gespielt hatte. Auch hier waren die Wiederbelebungversuche vergeblich.

## Aus der Partei.

Der Begründer der englischen Sozialdemokratie, Hyndman, gestorben. Mit Henry Hyndman, dessen im 80. Lebensjahr erfolgter Tod aus London berichtet wird, ist der Begründer der britischen Sozialdemokratie und die führende Persönlichkeit des englischen Sozialismus dahingegangen. Er war der Sohn eines Rechtsanwaltes. Der junge Hyndman wurde im Jahre 1880, als er zum ersten Mal das „Kapital“ von Marx las, für den Sozialismus gewonnen und war seitdem der eifrigste Kämpfer dieser Bewegung, obgleich sie damals in bürgerlichen Kreisen noch sehr verachtet war. Er selbst erzählt, daß man die Sozialisten in jenen Jahren mit anrüchigen Menschen auf eine Stiege stellte und trotzdem nahm er unermüdlich seine Tätigkeit auf. Er hielt an den Straßeneden Vorträge ging in die Geschäfte, in die Häuser der Arbeiter und in die elendesten „Slums“, um Anhänger zu gewinnen. Er bearündete im Jahre 1881 den Sozialdemokratischen Bund und rief ihm drei Jahre später in der „Justiz“ (Gerechtigkeits) Organ. Eine der auffallendsten Perioden seines Lebens war das Jahr 1888, als die Arbeitslosenherrschaft ganz London in eine Panik versetzte und die beiden Führer der Arbeitstrossen, Hyndman und John Burns, der spätere Minister unter Asquith, von der Polizei verhaftet und ins Gefängnis geschleppt wurden. Hyndman ist durch 20 Jahre hindurch die führende Persönlichkeit der englischen Sozialdemokratie gewesen, ihre bemerkenswerteste Erscheinung auf den internationalen Konferenzen, und die gesamte englische Presse feiert ihn bei seinem Tode als den „großen alten Mann des Sozialismus“.

## Gewerkschaften.

Bahnverhandlungen im Buchdruckergewerbe. Am 21. November trat in Leipzig der Tarifausschuß für das Buchdruckergewerbe zusammen, um über die neuen Forderungen der Gewerkschaft zu berichten. Für Berlin wurden folgende Zuschlüsse auf die bestehenden Löhne ab 1. Dezember vereinbart: Für Neuausgelehrte 70 Mt., für Gehilfen bis zu 21 Jahre 80 Mt., vor 21 bis 24 Jahren 90 Mt., über 24 Jahre 100 Mt. Ab 19. Dezember kommt dazu ein Aufschlag bis zu 55 Mt.

Differenzen im Berliner Baugewerbe. Die Versammlung der Delegierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat den Schiedsgerichtsbescheid des Bezirkshöchstamtes abgelehnt. „Da nunmehr anzunehmen ist, daß alle friedlichen Mittel erschöpft sind, werden sich die Berliner Bauarbeiter ihre berechtigten Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln erkämpfen.“ heißt es am Schlüsse der gesetzten Entscheidung.

Regierungsermittlung im Lauterer Textilarbeiterstreit. Das sozialistische Arbeitsministerium hat in den Lauterer Textilarbeiterausschuss eingegriffen und die Parteien zu Vorberatungen eingeladen, diehoffentlich von Erfolg begleitet sein werden, da die Fortdauer der Lohnbewegung gerade im jetzigen Augenblick Arbeitgeber wie Arbeitnehmer auf Schwierigkeiten stößt.

210 Jahre Gefängnis gegen freikende griechische Arbeiter. In dem Prozeß wegen des Auslasses der Athener Elektrizitätswerker verurteilte das Kriegsgericht 10 Angeklagte zu acht Jahren und 28 Angeklagten zu fünf Jahren Gefängnis. 20 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Urteilsverkündung erfolgte, weil die Angeklagten als mobilisierte Angehörige der Eisen- und Strohbahnen entgegen den erhaltenen Befehlen, in Kriegszeit ihre Posten verlassen und Privateigentum zerstört hätten, an deren Erhaltung der Staat interessiert gewesen sei.

## Aus aller Welt.

Drei Personen beim Eislaufen eingebrochen und ertrunken. Ein schweres Unglück ereignete sich auf einem Teich unweit Delfau. Beim Eislaufen brachen zwei 13jährige Knaben ein und ertranken. Ein 19jähriger junger Mann, der die beiden Ertrinkenden retten wollte, brach ebenfalls durch die Eisdecke und ertrank.

Explosion in einem Elektrizitätswerk. In der Zentrale des Elektrizitätswerkes der Grube „Konkordia“ bei Halle explodierte ein Maschinenschalter, wodurch die ganze Zentrale außer Betrieb gesetzt wurde. Die Explosion entstand durch Kurzschluß, der infolge mutwilliger Beschädigung einer der Hochspannungsleitungen der Zentrale hervorgerufen wurde. Da das Elektrizitätswerk in Hallestadt zahlreiche industrielle Betriebe mit Strom versorgt, ist der Schaden durch die Stilllegung sehr groß.

Ein Todesurteil. Das Schwurgericht Böhm verurteilte den Bergmann Felix Hellermann aus Hochel, der am 23. Dezember 1920 vor dem Böhmischen Polizeipräsidium den ihm abführenden Hilfsmachtmesser Linguis niederschlug, zum Tode.

Die Höhe der Hamsterei. Eine alte Frau in Bottrop, die gehört hatte, daß die Holzpreise sehr stark steigen würden, bat einen Schreinermesser, ließ einen Sarg anfertigen und ihn für den Todesfall aufzubewahren. Dem Zureden des Meisters und anderer Personen gelang es, die Frau von dem sündhaften Geschäft abzubringen.

Fünf Personen verbrannt. Aus München-Gladbach wird gemeldet: Im einem isoliert und entfernt von der Stadt liegenden Wohnhause brach ein Brand aus, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Von den Bewohnern des Hauses — Mann, Frau und vier Kinder — konnte sich nur der Mann durch Sprung aus dem Fenster retten, während die Frau und die Kinder, die ancheinend durch den Rauch betäubt worden sind, unter den zusammengebrüten Trümmern des Hauses verbrannten.

Ein Feuerbach für über 1 Million. Aus München wird gemeldet: Bei der Gemäldeauktion bei Helbing in München wurde das Bild von Anselm Feuerbach „Kinder am Strand“ für 1 010 000 Mark von Oerlikon (Zürich) erworben. Der Erlös soll einer Stiftung für notleidende deutsche Kinder zufallen.

Ein „sympathischer“ Mitreißender. Im Nachtischenzug Holland-Basel wurde auf der Strecke Köln-Wiesbaden ein Kaufmann aus Halsberstadt dabei ertrapt, wie er einen schlafenden Reisenden bestohlen und ihm die Brieftasche entwendet wollte. Der Bestohlene erwachte und konnte die Festnahme des Diebes veranlassen. Der Täter hatte vor etwa einem halben Jahre bereits einen Diebstahl im Schnellzug Kreuzen-Magdeburg ausgeführt.

Reklame-Schlüsse. In den „Times“ konnte man folgende Anzeige lesen: „Gesucht wird eine Person von stattlichem Aussehen, die fähig ist, während des Tages zu schlafen. Keine Arbeit. Einziges Erfordernis: Feier Schlaf. Gutes Gehalt. Referenzen nötig.“ Dem Justizrat folgt die Adresse des Geschäftes. Recklig begab sich ein Journalist zu der Firma, um dem schlechten Scherz, um den es sich offensichtlich handelte, auf die Spur zu kommen. Aber das Justizrat war, wie sich herausstellte, tatsächlich nach einem Tagesgeschäft. Die gesuchte Person sollte jeden Tag im Dienste der Firma im Schaukasten fünf bis sechs Stunden schlafen, um zu zeigen, daß man in einem Leinengewebe, wie es die Firma erzeugt, und das er als einzige Bekleidung anhaben sollte, unmöglich frieren könne. Das war gewiß ein verlockendes Angebot. Tatsächlich haben sich auf das Justizrat hin auch in kurzer Zeit mehr als zweihundert Personen meldet und sich erboten, solange zu schlafen, wie man es von ihnen verlangte. Der Glückliche, der den plemorwörigen Koffer schließlich bekommen hat, darf jedenfalls mit berechtigtem Stolz von sich sagen, daß er sein Geld im Schloß verdiente.

Die Schlupfverhandlung im Prozeß Landru. Aus Paris wird gemeldet: Im Prozeß Landru hat heute der Staatsanwalt die Verurteilung des Angeklagten, der 11 Morde begangen hat, beantragt. Der Staatsanwalt gab zu, daß über die Art und Weise, wie Landru getötet habe, eine Klarheit nicht erreicht worden sei. Aber der Judikative erachtet ihm als nicht genug, um die Notwendigkeit zu rechtfertigen, „diesen verstaubten Zweig vom Baume der Gesellschaft abzuhauen.“ Einige Abendzeitungen finden dieses Bild nicht sehr geschmackvoll und die Rede des Staatsanwalts langweilig. Landru machte sich in völliger Ruhe McNizen. Es scheint, daß er nach seinem Verteidiger selbst zu erwarten. Das Urteil ist morgen zu erwarten.

Raubmord an einem Wiener Juwelier. In Wien wurde der Juwelier Max Adler ermordet und herauft. Als Mörder wurden der westungarische Bauer Josef Matto und der westungarische Kellner Jacob Neubauer verhaftet.

Die Neuminiformierung der französischen Armee. Der französische Oberste Kriegsrat hat beschlossen, die horizontale Uniform abzuschaffen und durch die Kragt-Schärpen zu ersetzen. Der Grund ist, daß während des Krieges die Kragt-Schärpen beobachtet haben, daß die horizontalen Uniformen viel leichter waren als die feldgrauen dunklen und klapprigen englischen und amerikanischen. In einem Artikel der „Action française“ wird der Wehrverlust, den die roten Hosen im Jahre 1914 der französischen Armee eingebüßt haben, auf 100 000 bis 150 000 Mann geschätzt. Uebrigens sind 1914 Österreichs Dragoner auch mit roten Hosen und knallblauen Jacken und die meiste i. u. l. Infanterie dunkelblau ins Feld gegangen.

Ein lohnendes Geschäft. Der Bogenmeister Dempjens, der jetzt einen längeren Filmkonzert erledigt hat, erfüllt bereits einen neuen lohnenden Vertrag und tritt seit kurzem in großen amerikanischen Varietés auf. Ein wöchentliches Einkommen ist das höchste, das bisher ein Boxer oder Ringer zu erreichen vermochte und beträgt nicht weniger als zehntausend Dollar. Das macht noch unserer Valuata rund drei Millionen Mark aus. Dempjens Einkommen im Jahre beträgt demnach 156 Millionen deutsche Mark.

13 000 Kisten Whisky beschlagnahmt. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Neuport: Die Polizei hat 13 000 Kisten schottischen Whiskys im Wert von einer Million Dollar beschlagnahmt, die unter falscher Zollangabe in die Vereinigten Staaten eingeschmuggelt werden sollten.

## Geschäftliches.

Die Bahnhofsfelder Margarine-Werke, A. v. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahnhofsfeld verhören im Justizteil eine Aufklärung über die in Berlin bei beschlagnahmte Margarine,

## Für Kinder

ist die beste Seife

Steckendpfad Buttermilch-Seife

## Brotverförgung.

Vom Sonnabend, dem 3. Dezember 1921 ab darf aus dem bewirtschafteten Mehl nur Brot in Stücken von 190 gr oder von 950 gr hergestellt werden und zwar:

Roggengroßbrot aus reinem Roggenmehl und Keimbrot aus Weizenmehl und Roggenmehl beide Weißbrote je zur Hälfte.

Die Verwendung von Fleimitteln jeglicher Art ist verboten.

Die Brotpreise sind vom 3. Dezember 1921 ab folgende:

Für 1000 gr Roggengroßbrot M. 6.70

    950 " " 3.80

    1900 " " 7.80

    950 " " 3.90

Semmel oder sonstige Backwaren dürfen aus dem bewirtschafteten Mehl nicht hergestellt werden.

Aus die jeweils gültigen Ab schnitte A und B der Brotkarte dürfen je 950 gr. und auf den Abschnitt C der Brotkarte um Kinder unter einem Jahr 500 gr. Brot abgegeben und entnommen werden. Bei der Einnahme vor 1000 gr. Brot sind also beide Ab schnitte abzugeben.

Die Bäcker und Brotbäckereien werden erneut darauf hingewiesen, daß rationiertes Brot nur gegen Brotkarten abgegeben werden darf.

Die Ausgabe des amerikanischen Wissenshefts oder des daraus hergestellten Gedächts findet nach wie vor in unveränderter Weise auf den jeweils gültigen Ab schnitten C der Brotkarte statt.

Zum Verhandlungszweck gehen die vorstehenden Anordnungen und Weisungen bei folgenden Hochstiften weiter nach der zuständigen Hochstiftsstelle:

Lübeck, den 28. November. 1921

**Das Landesverwaltungsamt.**

## Lübecker Brandkasse

(Bereinigte Städte- und Vorläufige Brandkasseansprüche).

Zu Antrittszeit der weiteren Erweiterung dieser Befreiung erachtet es die Lübecker Brandkasse für geboten, vom 1. November 1921 ab in allen Schadensfällen, die an den bei der Lübecker Brandkasse versicherten Gebäuden entstehen, die Entschädigungssumme auf den 10-jährigen Vertrag der unter Zugrundezugangs der am 1. Mai 1917 gültigen Einheitsverträge folgurnden Tazumine zu erhöhen. Bemerkenswert erhöht ist auch vom 1. 12. 1921 ab der zu zehn Prozentzuschlag um weitere 900 Brutton auf 140 Prozent, sowohl nicht schon durch inschriftliche genannten Beisitzerversicherung diese Höhe erreicht ist.

Es ist jedem Versicherer gestattet, den Gehäude höher als zum 10-jährigen Vertrag der Tazumine oder niedriger, jedoch nicht unter den bisherigen festgesetzten Vertrag zu berichten. Ein Antrag auf Verminderung unter dem 10-jährigen Vertrag ist bis zum 10. Dezember 3. J. bei der Lübecker Brandkasse einzureichen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß in diesem Falle der Versicherer eine entsprechende Belehrungserklärung trägt.

Lübeck, den 24. November 1921.

Lübecker Brandkasse.

## Lübecker Brandkasse

(Bereinigte Städte- und Vorläufige Brandkasseansprüche).

Die gewünschte Erhöhung vom 1. Oktober 1920, berechnend die öffentlichen Feuerwehrleistungsschätzungen, beschlossene neue Tazumine sowie vom Verwaltungsrat festgesetzten übigenen Beurtheilungsbestimmungen der Lübecker Brandkasse sind am 1. November 1921 in Kraft getreten. Diese reichen von unten abgetrennt täglich von 5-1 Uhr im Bureau der Lübecker Brandkasse, Ritterstraße 18, eingehen oder in Einschläge genommen werden.

Lübeck, den 24. November 1921.

Lübecker Brandkasse.

## Hans Blöcker

Martha Blöcker

Bereitwillig.

Für erwiesene Au-

märtlichkeit Danach.

9755 D. C.

## Verband d. Fabrikarbeiter Deutschl.

Travemünde 124.

### Nachruf.

Durch Beerdigungsfahrt unter Führung eines der Kollegen Julius Lemcke.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 1. Dez., nachm. 24 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Am 20. November wird unter Führung der Kollegen Karl Czwikowski

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung ist bereits erfolgt.

Die Beerdigung ist bereits erfolgt.